Presseerklärung der Internationalen Untersuchungskommission zur Klärung der
Todesumstände von Ulrike Meinhof

Sekretariat: Sjaellandsgade 127 - 8000 Aarhus C - Tel. 06-139734 - Giro 1304003

Arbeitstreffen vom 7. 5. 77, Amsterdam - Niederlande

Anlässlich des ersten Jahrestages des Todes von Ulrike Meinhof (8./9. Mai 1976) tritt die Internationale Untersuchungskommission erstmals mit konkreten Arbeitsergebnissen an die internationale Öffentlichkeit. Die in der bisherigen Arbeit der Untersuchungskommission aufgetretenen Zweifel an der Selbstmordthese verstärkten sich durch die von der Arbeitsgruppe Medizin erstellte Analyse der offiziellen Obduktionsgutachten. Die Obduktionsgutachten weisen aus, daß den Obduzenten ein bereits verfälschtes Strangwerkzeug vorgelegt worden ist. Bei der Erstbesichtigung der Leiche hing diese in einer Schlaufe von ca 80 cm Länge, die einen Kreisdurchmesser von ca 26 cm aufwies. Dem Obduzenten aber wurde eine Schlaufe von nur 51 cm vorgelegt. In einer Schlaufe dieser Länge ist ein Erhängungsvorgang vorstellbar. Sie schließt sich eng um den Hals, der Kopf kann aus ihr nicht herausfallen. Tatsächlich aber - die vorgelegten Photographien und die Maßangaben bei der Erstbesichtigung bestätigten dies - war die Schlaufe so groß, daß bei eintretender Bewußtlosigkeit der Kopf durch das Körpergewicht aus der Schlaufe herausfallen mußte. Dieses Problem konnte von dem Gutachter durch die Kürzung des vorgelegten Strangwerkzeuges nicht erkannt werden. Deshalb wurde eine völlig willkürliche Darstellung bei den Einzelheiten über den angeblichen Selbstmord gegeben. Eine ausführliche Dokumentation, die weitere Fehlinterpretationen nachweist, wird in nächster Zeit veröffentlicht.

Die Arbeit der Internationalen Untersuchungskommission wird durch die Behörden der BRD ungeheuer erschwert, mit allen Mitteln boykottiert:

1. Bei Hausdurchsuchungen ohne Durchsuchungsbefehl wurden gezielt die Materialien beschlagnahmt, die für die Internationale Untersuchungskommission gesammelt worden waren.
2. Personen in der BRD, die diese Dokumente zusammenstellen, werden mit faden-scheinigen Begründungen verhaftet; zur Zeit Christian Müller und Ingrid Barabas, Marburg. Christian Müller steht im Impressum der Dokumentation "Ulrike Meinhof - ein Selbstmord?" Ebenso erging es Rechtsanwalt Dr. Croissant, dem Testamentsvollstrecker von Ulrike Meinhof, im Sommer 1976.
3. Der Internationalen Untersuchungskommission wurde mit Schreiben vom Justizministerium von Baden-Württemberg vom 15.4.1977 und der Staatsanwaltschaft Stuttgart vom 22.4.1977 mitgeteilt, daß ihr weder eine Akteneinsicht noch eine Lokalbesichtigung genehmigt werde, da sie formal kein Recht darauf habe.

In ihren Untersuchungen zu den Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD kommt die Internationale Untersuchungskommission zu dem Ergebnis, daß es sich hierbei um eine spezifische Form der Folter an Gefangenen handelt. Die Anwendung dieser Folter, langjährige soziale und sensorische Deprivation, d.h. Isolierung von anderen Personen und Verhinderung sinnlicher Wahrnehmung, kann nur den Zweck verfolgen, ihre politische Identität zu brechen. Wir unterstützen deshalb die im Hungerstreik der politischen Gefangenen vorgetragene Forderung nach Zusammenlegung von mindestens 15 Gefangenen, wie es auch die vom Gericht bestellten Gutachter seit 1975 gefordert haben.

Im Namen der Kommission
Henrik Kaufholz, Sekretariat, Aarhus

Mitglieder der Untersuchungskommission:

Prof. Lello Basso, Rom; Rechtsanwältin Michele Beauvillard, Paris; Simone de Beauvoir, Paris; Prof. Georges Casalis, Antoni; Pfarrer Robert Cavezies, Paris; Rain Jacqueline de Cumont, Brüssel; John Mc Gaffin, Verfasser, Belfast; Prof. Joachim Israel, Kopenhagen; Prof. Pauli Jensen, Pna Højden 8 Hellerup, DK; RA Panayotis Kanelastis, Athen; Henrik Kaufholz, Aarhus; Ombudsmann Johan van Minnen, Breukelen; Prof. Lolie Nauta, Groningen; RA Denis Payot, Genf; Margarete von Trotta, Schauspielerin, München;

Konto in der BRD: W. Zitzlaff, PSA Essen 135824 - 439 IUK

ULRIKE MEINHOF

- EIN SELBSTMORD ?

DOKUMENTATION

15. Aug. 1976

SONDERBEHANDLUNG VON ULRIKE MEINHOFE i n l e i t u n g

- "Ulrike Meinhof habe sich nach grundlegenden Meinungsverschiedenheiten von den übrigen Gruppenmitgliedern getrennt, politisch resigniert und in völliger Isolation Schluß gemacht."
(Süddeutsche Zeitung, 14. April 1972)
- "Zwischen Ulrike Meinhof und den übrigen Angeklagten im Stuttgarter Anarchistenprozeß bestanden nach Erkenntnissen der Bundesanwaltschaft bereits Wochen vor dem Selbstmord der 41-jährigen 'gewisse Spannungen' ... fühlte sich Ulrike Meinhof zunehmend isoliert ..."
(dpa/qsw, Karlsruhe/Bonn, 9. Mai 1976)
"In letzter Zeit freilich muß ihr die Sinnlosigkeit solcher Vorhaben immer deutlicher vor Augen getreten sein ... Der Stuttgarter Prozeß ... hatte die Öffentlichkeit längst zu langweilen begonnen."
(Der Spiegel, 17. Mai 1976)
- Erste schriftliche Mitteilung zum Tode von Ulrike Meinhof in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1976:
Landespolizeidirektion Stuttgart II
9.5.1976: Az. 1/101 48/76
Leichensache, Eilt sehr!
Betr.: Selbstmord durch Erhängen
(Anm.: Unterstreichungen im Original)

Herausgeber:

Antifaschistisches Komitee
Am Grün 28, 3550 Marburg
Christian Möller

2. Auflage 25.8.76 (erweitert)

3. Auflage 11.5.77 (erneut erweitert)

1. Verhaftung von Ulrike Meinhof am 15. Juni 1972

- Erkennungsdienstliche Behandlung:

Bericht des Landespolizeiamts Niedersachsen vom 15.1.1973, das die Dienstaufsichtsbeschwerden des Anwalts von Ulrike Meinhof wegen Mißhandlungen bei der Festnahme "zurückweist":

"... da die erkennungsdienstliche Behandlung zur unverzüglichen Feststellung der Identität der Festgenommenen zwingend erforderlich war, erwog der Leiter der Sonderkommission Baader/Meinhof als letzte Möglichkeit zur Durchführung der Fingerabdrucknahme die Verabfolgung einer Äthernarkose ... Daraufhin wurde sie äußerst aggressiv und rief laut: 'Ihr Bullenschweine, Ihr wollt mich umbringen!' Sie erwähnte dabei auch den Namen einer Zeitschrift und die Stadt Augsburg, wo so etwas schon angeblich einmal praktiziert worden sei ... sie werde sich nicht umbringen lassen, sondern die daktyloskopischen Maßnahmen freiwillig über sich ergehen lassen, wenn der Arzt erscheint und sich als Arzt ausweist. Damit wolle sie feststellen, ob man sie nicht 'gelinkt' habe ... Fernmündlich teilte das BKA Wiesbaden mit, daß eine Identifizierung der festgenommenen weiblichen Person wegen fehlender identischer Fingerabdrücke nicht möglich sei. Daher wurde die Herstellung eines Röntgenbildes der Festgenommenen angeordnet ..."

Ulrike Meinhof berichtet:

"... die hatten mir die Hände in eine Acht gefesselt, so daß beide Hände hinter einem Bettpfosten waren, beide Arme waren nachher dick geschwollen ... Einer von den Bullen im LKA in Hannover hat zu mir gesagt: Wir sind zu Menschen wie ein Mensch, zu Schweinen wie eine Sau, wenn's sein muß, wie eine Wildsau. Das ist der gleiche Bulle gewesen, der mir den Arm verrenkt hat ..."

Dienstaufsichtsbeschwerde des Anwalts vom 20. Juni 1972:

"Unter der konkreten Bedrohung mit einer Äthernarkose hat meine Mandantin sich die Abnahme der Fingerabdrücke abnötigen lassen."

Bericht des Landespolizeiamtes Niedersachsen vom 15.1.1973:

"In der Unfallklinik ging sie zunächst freiwillig in den Röntgenraum und setzte sich auf die Liege."
(Anm.: für die Schädelaufnahme)

2. Hungerstreik der Gefangenen wegen des Verteidigerausschlusses von RA Otto Schily

RA Schily war beschuldigt worden, einen Kassiber von Gudrun Ensslin im Gefängnis Essen an Ulrike Meinhof vor ihrer Verhaftung weitergeleitet zu haben. Den Ausschluß von RA Schily aus der Verteidigung von Gudrun Ensslin hat das Bundesverfassungsgericht durch Beschluß vom 14.2.1973 (2 BvR 667/72) aufgehoben (Kursbuch 32, S. 72). Gegen diesen Verteidigerausschluß protestieren die Gefangenen mit einem Hungerstreik.

Ulrike Meinhof wird ab 3. Juli 1972 das Wasser entzogen. Das Waschwasser wird verunreinigt, also ungenießbar gemacht. Nach dem Protest ihres Anwalts bekommt sie am 4. Tage eine Kanne Tee. In der ersten Juli-Woche herrschte heißes Sommerwetter.

"Während der Zeit des Hungerstreiks der Beschuldigten Meinhof ist dieser auf Anordnung des Anstaltsarztes das Wasser entzogen worden."

(Schreiben des Leiters der JVA Köln vom 18.7.1972 an den Anwalt der Schwester)

"Der Trinkwasserentzug wäre nach der Auffassung des Ermittlungsrichters ein nicht gerechtfertigter Eingriff in das Grundrecht des Beschuldigten auf körperliche Unversehrtheit (Art.2 II GG), was letztlich aus der Beurteilung des Eingriffes aus medizinischer Sicht klar hervorgeht: ... Nach dem Gutachten des Landgerichtsarztes wäre ein Trinkwasserentzug auch nur für kurze Zeit medizinisch nicht zu verantworten und nur theoretisch denkbar. Gesundheitsschädliche Folgen des Flüssigkeitsentzuges wären auch bei ärztlicher Überwachung auf jeden Fall zu erwarten. Auf Grund der eintretenden schweren Störung des Mineralhaushalts bei der beantragten Maßnahme wären Delirien, Krämpfe, Kreislaufzusammenbrüche und schließlich der Tod durch Verdursten zu erwarten."

(Beschluß des Amtsgerichts München vom 21.5.1972 bez. Bernhard Braun)

Wasserentzug wird bei späteren Hungerstreiks an anderen Gefangenen wiederholt: Andreas Baader, Werner Hoppe, Gabriele Kröcher-Tiedemann, Ronald Augustin.

Zu Beginn des Hungerstreiks im September 1974 erklärt das Strafvollzugsamt der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg im Auftrag von Justizsenator Prof. Dr. Klug in einem Schreiben an Rechtsanwälte:

"Aber selbst wenn die Gefangenen in Hafträumen ohne Wasseranschluß untergebracht würden, geschähe das nicht, um ihnen jegliche Flüssigkeit zu entziehen, sondern um die Flüssigkeitsaufnahme der Menge nach kontrollieren zu können ..."
(undatiert? - Unterschrift: Donandt)

3. Aufenthalt von Ulrike Meinhof im Toten Trakt in Köln-Ossendorf:

- gleich nach der Verhaftung:
vom 16. 6.1972 bis 1.2.1973
- Weihnachten 1973:
vom 21.12.1973 bis 3.1.1974
- mit Gudrun Ensslin:
vom 5. 2.1974 bis 28.4.1974

Ulrike Meinhof wird zunächst für acht Monate in den Toten Trakt eingekerkert. Astrid Proll hatte vor ihr vier Monate in der gleichen Zelle gesessen. Beim Mahler-Prozeß in Berlin stellt sich heraus, daß Astrid Proll nach dem Gutachten des Gefängnisarztes Dr. Götte nicht vernehmungsfähig ist:

"Vom ärztlichen Standpunkt ist eine so strenge Isolierung auf längere Zeit für einen Menschen grundsätzlich nicht günstig. Wenn man dadurch auch keine endogene Psychose bekommt, so kann es doch durch den Streß zu vegetativen Störungen kommen, die den Betroffenen erheblich beeinträchtigen können. Psychiatrisch wäre es also wünschenswert, wenn die strenge Isolierung stundenweise aufgelockert würde, wenn sich nicht überhaupt eine ganz andere Unterbringung verantworten ließe."

(Gutachtliche Stellungnahme des Psychiaters Dr. Götte vom 16.11.1972)

Die Frankfurter Rundschau berichtet am 8.12.1972:

"Diese totale Isolierung habe zu einer weitgehenden Zerstörung ihrer persönlichen Identität geführt, so daß eine Aussage nicht zu verantworten sei. Bereits der Kölner Anstaltspsychiater habe, wenn auch vergeblich, starke Bedenken gegen diesen Vollzug der Untersuchungshaft geäußert."

Am 15.12.1972 schreibt die Frankfurter Rundschau:

"... Dann forderte sie (Anm.: Ulrike Meinhof) sofortige Haft erleichterungen für Astrid Proll. Die Proll werde lebendig begraben. Das sei 'Menschenexperiment'. 'Klar, ihr wollt einen prominenten Selbstmord haben!'"

Trotz mehrfacher Anträge der Verteidiger gegen diese Isolationshaft wird Ulrike Meinhof erst am 9.2.1973 in die Männerabteilung der JVA Köln verlegt - die totale Einzelhaft wird beibehalten, aber die Geräuschisolierung ist damit aufgehoben.

Am 27.6.1973 erstattet der RA Prof. Dr. Preuß Strafanzeige wegen Verdachts auf Körperverletzung im Amt gegen: den nordrhein-westfälischen Justizminister und den Leiter der Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf. Er begründet seine Anzeige:

"... Die völlige Isolierung des Trakts in Verbindung mit seiner Leere bewirkten eine spezifische Form akustischer Isolation von Frau Proll und Frau Meinhof, wie sei als Schocktherapie gegenüber psychiatrischen Patienten durchaus angewendet zu werden pflegt.

Hinzu kam, daß die Zellen meiner Mandantinnen sowie die gesamte Zimmereinrichtung - mit Ausnahme der Zellentür - vollständig in weiße Farbe gehüllt sind; daß sich das Zellenfenster zunächst gar nicht, später nur einen winzigen Spalt öffnen ließ und mit einem feinmaschigen Fliegengitterdraht verhängt ist; daß die in der Zelle befindliche weiße Neonbeleuchtung nachts bei Frau Meinhof nicht ausgeschaltet wurde; schließlich daß die Zelle von Frau Meinhof in den Wintermonaten permanent unterkühlt war, häufig kälter als jene 16 Grad, die der Anstaltsarzt bei einem Besuch im Januar 1973 schätzte.

In dieser akustischen und visuellen Isolation hatten meine Mandantinnen lediglich den für die Essensversorgung unabdingbaren minimalen akustischen und sozialen Kontakt mit den Vollzugsbeamtinnen. Sie lebten praktisch 24 Stunden lang ohne eine unterscheidbare Umwelt. So war es beispielsweise meinen Mandantinnen sogar verboten, Plakate, Bilder, Tabellen o.ä. an die fahl-weißen Wände zu hängen."

Die Folgen einer solchen Unterbringung beschreibt Preuß den zuständigen Richtern mit Hilfe vieler psychologischer Forschungsergebnisse:

"Über die Auswirkungen einer derartigen totalen sozialen Isolation gibt es mittlerweile wissenschaftlich, insbesondere empirisch gesicherte Erkenntnisse. Es handelt sich hierbei um physiologische und psychologische Wirkungen, die unter dem Begriff der sensorischen Deprivation zusammengefaßt werden..."
(es folgt eine Drittelseite Literaturangaben)

Noch während die Strafanzeige von der Staatsanwaltschaft bearbeitet wird, gibt am 25.1.1974 der Chefarzt der inneren Abteilung am Kreiskrankenhaus Main-Taunus, der Facharzt für innere Krankheiten Dr. Schmidt-Voigt, auf Veranlassung des Landgerichts Frankfurt ein fachärztlich-internistisches Gutachten über den Zustand Astrid Prolls ab:

"Zunehmende Einschränkung der Konzentrationsfähigkeit mit der Unfähigkeit, einen Gedanken weiterzuverfolgen oder geordnet wiederzugeben. Sich verstärkende phobische Erscheinungen in der Art, nicht mit anderen Menschen zusammensein zu können oder auch als Platzangst in geschlossenen Räumen. Kürzlich bei einer Gerichtsverhandlung plötzliche Kollapsneigung bei längerem Sitzen mit dem Empfinden, daß das Herz dabei sehr schnell geht und hart klopft und Blut nach dem Hals hin drängt mit folgendem Spannungsgefühl im Kopf. Außerdem in den letzten Wochen zunehmendes Sauerstoffbedürfnis, so daß die Patientin sich an das geöffnete Fenster hängt, um durch tiefes Atmen mehr Luft zu bekommen. Vor einer Woche während einer solchen Kreislaufattacke bei Messung des Blutdruckes im Untersuchungsgefängnis Preungesheim Blutdruckwerte im Sitzen von 70/50 mm Hg. Ähnliche Schwächeanfälle haben sich in der letzten Zeit gehäuft wiederholt mit Schweißausbrüchen und dem Empfinden, 'zittrig und klapprig' zu sein. Hierbei besonders ausgesprochenes Leeregefühl im Kopf mit der Unfähigkeit, einen klaren Gedanken fassen zu können ...

Die Ursache für die Entwicklung der sich verstärkt ausbildenden Gesundheitsstörungen ist ... vor allem in der durch die Untersuchungshaft in besonderer Weise veränderten Lebenssituation zu suchen."

Nach den im Gutachten aufgeführten Behandlungsvorschlägen stellt Dr. Schmidt-Voigt fest:

"Von besonderem Gewicht ist für die Erreichung eines Behandlungserfolges die Durchführung dieser Maßnahmen in einem geeigneten Lebensmilieu."

Am 2.2.1974 meldet die Frankfurter Rundschau:

"Der Frankfurter Baader-Meinhof-Prozeß gegen Astrid Proll ist am 32. Verhandlungstag geplatzt. Die hochgradige Kreislaufschwäche der 26-jährigen Angeklagten hat sich weiter verschlechtert, so daß der medizinische Sachverständige Hans-Georg Schmidt-Voigt am Freitag eine akute Lebensgefahr nicht mehr ausschließen konnte."

Astrid Proll mußte daraufhin aus der Haft entlassen werden. Am 28.3.1974 entscheidet die Staatsanwaltschaft Köln über die Strafanzeige von RA Prof. Dr. Preuß:

"Nach dem Ergebnis der durchgeführten Ermittlungen sind zureichende Anhaltspunkte für den Verdacht der Körperverletzung ... nicht gegeben ... In Ihrer Strafanzeige erheben Sie den Vorwurf, Ihre Mandantinnen Meinhof und Proll seien während des Vollzugs der Untersuchungshaft ... in der ... psychiatrischen Abteilung ... untergebracht und dadurch besonderen Haftumständen ausgesetzt worden, die psychische und psychosomatische Schäden bei den Inhaftierten zur Folge gehabt hätten.

Die Ermittlungen haben jedoch ergeben, daß sowohl bei Frau Meinhof als auch bei Frau Proll keine körperlichen oder psychischen Schäden aufgrund der Unterbringung in der psychiatrischen Abteilung aufgetreten sind ... Der Versuch einer Körperverletzung ist auch unter den Voraussetzungen des § 340 StGB nicht strafbar."

Astrid Proll lag zur Zeit der Ermittlungen schon im Kreiskrankenhaus Bad Soden.

4. Anordnung einer Szintigraphie unter Narkose
(Stereotaktischer Eingriff, Einweisung in eine Heilanstalt?)

Als infolge siebenmonatiger Isolation im Toten Trakt Isolations-Symptome auftreten, leitet der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in einem Schreiben vom 4.1.1973 an den "Leitenden Medizinaldirektor, Dr. med. Bernd Goette, 5 Köln-Ossendorf, Psychiatrische Untersuchungsanstalt" das Verfahren zur Begutachtung der "Zurechnungsfähigkeit" von Ulrike Meinhof ein:

"... Bei dieser Sachlage ist zu prüfen, ob die Beschuldigte zur Vorbereitung eines Gutachtens über ihren Geisteszustand in eine öffentliche Heil- oder Pflegeanstalt gebracht werden muß (§ 81 StPO) ... Eine zur Identifizierung der

Beschuldigten gefertigte Röntgenaufnahme ihres Schädels wird Ihnen unmittelbar von der Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamts zugeleitet werden."

Der Stern hatte am 18.6.1972 in Nr. 26 auf Seite 21 eine Schädelaufnahme veröffentlicht, die laut Stern am 14.9.1962 in der Neurochirurgischen Klinik Hamburg-Eppendorf vom Schädel einer jungen Frau gemacht worden war.

"Die Frau war Ulrike Meinhof" (Stern vom 18.6.1972, S. 21). Diese Behauptung des Stern ist nie angefochten worden.

Am 18.4.1973 bittet Bundesanwalt Zeis den Direktor des Instituts für gerichtliche Psychologie und Psychiatrie der Universität Homburg/Saar, Herrn Prof. Dr. Dr. Witter,

"um Abgabe einer fachpsychiatrisch-psychologischen gutachtlichen Stellungnahme ... Ihre uneingeschränkte strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit könnte insbesondere dadurch in Frage gestellt sein, daß sich die Beschuldigte am 23. Okt. 1962 ... einer Schädelöffnung unterziehen mußte."

Noch bevor seitens eines Arztes Vorstellungen entwickelt wurden, welche Untersuchungsverfahren zur "Vorbereitung eines Gutachtens über ihren Geisteszustand" erforderlich sind, schlägt Bundesanwalt Zeis in seinem Schreiben vom 4. Januar vor,

"zu prüfen, ob die Beschuldigte ... in eine öffentliche Heil- oder Pflegeanstalt gebracht werden muß (§ 81 StPO)".

Ohne von dem bestellten Gutachter dazu aufgefordert zu sein, teilt er diesem vorsorglich mit:

"Sollten zur Erstattung des Gutachtens einzelne Eingriffe erforderlich werden, so bitte ich, dies mir unter genauer Angabe der für notwendig erachteten Untersuchung mitzuteilen, damit gemäß § 81 a StPO eine entsprechende richterliche Anordnung eingeholt werden kann."
(Bundesanwalt Zeis am 18.4.1973)

Der Bundesanwalt "regt an", daß Witter ferner, wenn "die Hinzuziehung eines Neurochirurgen erforderlich sein sollte", den Direktor der Neurochirurgischen Universitätsklinik in Homburg "um ... Mitwirkung (Anm.: an einzelnen Eingriffen) bitten" möge.

Prof. Witter sucht Ulrike Meinhof erstmals am 4.5.1976 in Köln-Ossendorf auf. Weder Ulrike Meinhof noch ihre Anwälte

sind von dem Auftrag der Bundesanwaltschaft informiert (Schreiben Prof. Witter an den Generalbundesanwalt vom 10.5.1973). Ulrike Meinhof lehnt bei diesem ersten Besuch jede Zusammenarbeit mit Prof. Witter ab. Prof. Witter am 10.5.1973 an den Generalbundesanwalt:

"Vor der Hauptverhandlung sollte aber auf jeden Fall soweit als möglich der Operationsbefund am Schädel der Beschuldigten geklärt werden. Da eine Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht wohl nicht zu erwarten ist, wird eine Auskunft des früher behandelnden Arztes nicht zur Verfügung stehen ... hatte ich ... Gelegenheit, die ... Röntgenaufnahme des Schädels der Beschuldigten zu besichtigen ... Zur weiteren Klärung des Schädel-Hirnbefundes wären nun folgende Untersuchungen zweckmäßig:

1. Röntgenaufnahme des Schädels in 2 Ebenen, ...
2. Eine Szintigraphie des Gehirns.

Beide Untersuchungsverfahren ... sind insoweit völlig unbedenklich ... Sollte die Beschuldigte eine solche Mitarbeit verweigern, dann könnten beide Untersuchungsverfahren auch in Narkose durchgeführt werden ... Die früher durchgemachte Operation der Beschuldigten würde bezüglich der Narkose keine besondere Gefährdung bedeuten.

Als weitere diagnostische Methode ist noch die Elektroencephalographie ... keine wesentlichen Ergebnisse zu erwarten sind ..., könnte man meines Erachtens gleich darauf verzichten."

Der zweite Besuch von Prof. Witter bei Ulrike Meinhof erfolgt am 17.5.1973. Aus seinem Schreiben an Bundesanwalt Zeis vom 22.5.1973:

"... führte mich die Vollzugsbeamtin, Frau Eberlein, in die Zelle der Beschuldigten, ohne daß diese vorher darauf vorbereitet war ... In ruhigem Ton erklärte sie (U. M.) gleich anschließend, daß sie eine Untersuchung durch mich bereits abgelehnt habe und daß sie dem nichts hinzuzufügen habe."

Prof. Witter erwähnt, daß sie sich am 17.5.1973 im Hungerstreik befindet. Er will "noch zwei oder drei Versuche machen, um mit Frau Meinhof im Gespräch einen persönlichen Kontakt aufzunehmen", hat "allerdings nach wie vor wenig Hoffnung, daß dies zum Erfolg führen wird. ... Voraussichtlich wird also die Beurteilung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit doch nach dem Verfahren erfolgen müssen, wie ich auf S. 3 meines Schreibens vom 10.5.73 vorgeschlagen habe."
(d.i. Szintigraphie unter Narkose)

Am 13.7.1973 - Az. II BGs 315/73 - beschließt der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes Dr. Knoblich auf Antrag von Bundesanwalt Zeis vom 12.6.1973

- Az. 1 BJs 6/71:

1. Bei der Beschuldigten Ulrike Meinhof dürfen von einem Arzt nach den Regeln der ärztlichen Kunst in der Vollzugsanstalt Röntgenaufnahmen des Schädels und eine Szintigraphie des Gehirns vorgenommen werden.
2. Diese Maßnahmen dürfen auch gegen den Willen der Beschuldigten, erforderlichenfalls unter Anwendung unmittelbaren Zwangs und unter Narkose durchgeführt werden ..."

Am 16.7.1973 verfügt Bundesanwalt Zeis per Eilboten an Herrn Prof. Witter, daß die Untersuchungen durchzuführen sind.

Stellungnahme Prof. Dr. med. Erich Wulff, 29.7.1973:

"..., daß zunächst eine klinisch-neurologische Untersuchung und eine Elektroencephalographie durchgeführt werden müßten, zwei Untersuchungen, die in der Tat keinerlei gesundheitliche Gefährdung mit sich bringen. Die klinisch-neurologische Untersuchung - einschließlich einer Untersuchung des Augenhintergrundes - ist von Herrn Prof. Witter nicht erwähnt worden ... Wenn das Gericht schon eine Reihe von Untersuchungen auf Anregung eines Gutachters angeordnet hat, so hätte dabei mit der klinisch-neurologischen Untersuchung und der Elektroencephalographie begonnen werden müssen ... Die geplanten Untersuchungen werden vom Gericht und vom Gutachter als unbedenklich bezeichnet. Dazu ist zu sagen, daß Röntgenaufnahmen immer mit einer gewissen Strahlenbelastung einhergehen ... Szintigraphie ... 2 verschiedene Untersuchungstechniken ... müssen sie, sofern sie gegen den Willen der Betroffenen lediglich zur gutachtlichen Fragestellung erfolgen, einer viel strengeren Indikationsstellung unterzogen werden. ... Das vorhin Gesagte gilt in noch höherem Maße für die angeordnete Narkose ... ist auch in keinem Schriftsatz des Gutachters oder des Gerichts die völlige Harmlosigkeit der Narkose aufgeführt ... Die Narkose wird überhaupt nicht bei dem Untersuchungsverfahren erwähnt ... sondern nur bei den Zwangsmitteln ... erhöhte Gefährdung ... Wenn bei der Tumoroperation 1962 eine Knochenlücke zurückgeblieben wäre, würde sich diese Gefahr ... etwas reduzieren ..."

Frankfurter Rundschau vom 31.7.1973, S. 4:

"... Für die Szintigraphie muß nach der 1. Strahlenschutzverordnung eine Einverständniserklärung des Patienten vorliegen. Ein Sprecher des Hessischen Sozialministeriums erklärte am Montag auf Anfrage der FR, er halte es als Arzt für 'ziemlich ausgeschlossen', daß gegen den erklärten Willen eines Patienten dennoch eine Untersuchung vorgenommen werden könne."

Prof. Witter erhält die Stellungnahme von Prof. Wulff über den Bundesanwalt Zeis am 6.8.1973 per Eilboten.

Prof. Witter führt dazu aus (an den Generalbundesanwalt) am 13.8.1973:

"Die weiteren Ausführungen von Prof. Wulff über die Frage der Narkose sind zum größten Teil im Prinzip richtig, kommen aber mit ihrer Diktion und ihren Unterstreichungen sehr der Tendenz der Anwälte entgegen, ..."

und zu der Frage,

"... daß bei der Operation im Jahre 1962 eine Knochenlücke zurückgeblieben wäre. (:)
Hier mangelte es Prof. Wulff an der notwendigen Information, denn tatsächlich sind erhebliche Knochenlücken zurückgeblieben."

Diese Information mußte Prof. Witter aus der Krankengeschichte selbst haben: im Bericht des Landeskriminalpolizeiamtes Niedersachsen vom 15.1.1973 über die erkennungsdienstliche Behandlung von Ulrike Meinhof am 15./16.6.1972 heißt es:

"Beim Abtasten des Kopfes konnte der Arzt jedoch keine Narben feststellen, die Rückschlüsse auf eine durchgeführte Operation zuließen."

Vorläufiges Obduktionsgutachten Prof. Rauschke am 9.5.1976:

"Veränderungen der Kopfschwarte nicht erkennbar, eine Narbe im Augenblick nicht darzustellen."

Vorläufiges Obduktionsgutachten Prof. Janssen am 11.5.1976:

"Bei äußerer Besichtigung erscheint die Kopfhaut bis auf einen typischen Sektionsschnitt, der vernäht ist über dem Hinterhaupt, unverletzt und ohne Besonderheiten."

Unabhängig von Prof. Witters Stellungnahme verfügt Bundesanwalt Zeis schon am 9.8.1973:

"Nachdem der Ermittlungsrichter des BGH das Ablehnungsgesuch zurückgewiesen hat, und weder er noch der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes die Vollziehung des angefochtenen Beschlusses vom 13. Juli 1973 - II BGs 315/73 - ausgesetzt haben, bitte ich, mit der Untersuchung der Beschuldigten fortzufahren."

Stellungnahme Prof. Dr. Frey, 22.8.1973:

"... Für jeden ärztlichen Eingriff (also auch für eine Narkose) ist die Einwilligung des Patienten erforderlich. Denn sonst würde es sich ja strafrechtlich um eine Körperverletzung handeln, ärztlich gesehen jedoch um eine unnötige Erhöhung des Risikos ... Ich glaube deshalb nicht, daß sich von den 27.000 Fachärzten für Anaesthesie in der Welt (und nur ein Anaesthesist dürfte nach heutiger Auffassung eine solche Risikonarkose durchführen) einer bereitfinden wird, eine "Zwangsnarkose" vorzunehmen ... Ich rate davon ab, diese Untersuchungen zwangsweise unter Anwendung von Gewalt durchzuführen. Denn dies wäre gefährlich wegen des erhöhten Anaesthesierisikos."

Prof. Dr. Witter bekommt Gelegenheit, auch dazu Stellung zu nehmen (25.8.1973):

"Ich weiß nicht, ob Prof. Frey vielleicht zur Zeit überarbeitet oder überlastet ist und deshalb am 22.8.1973 in großer Eile und flüchtiger Form das Schreiben von RA Becker vom 20.8.73 beantwortet hat. Meines Erachtens kann dieses Gutachten nicht als Grundlage für eine Rechtsentscheidung dienen ..."

Am 27.8.1973 schreibt Prof. Witter an den Generalbundesanwalt:

"Nunmehr ist plötzlich eine Veränderung der Situation dadurch eingetreten, daß ich gestern einen Hinweis erhalten habe, nach dem die Krankengeschichte der Beschuldigten Ulrike Meinhof im Jahre 1968 im Zentralblatt für Neurochirurgie veröffentlicht worden ist ... Vor allem hätte sich durch den Nachweis eines Hirngewebeschwulstes auch eine vitale Indikation für einen therapeutischen operativen Eingriff ergeben können."

Am 28.8.1973 beantragt Bundesanwalt Zeis beim Ermittlungsrichter des BGH:

"den Beschluß des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofes vom 13. Juli 1973 - II BGs 315/73 - aufzuheben ...
Bei dieser Sachlage erübrigt sich eine weitere Stellungnahme zu dem weithin unsachlichen Beschwerdevorbringen des Rechtsanwalts Eberhard Becker."

Die lebensgefährlichen Eingriffe bei Ulrike Meinhof konnten durch einen "Hinweis" (Witter am 27.8.73) verhindert werden. Die Anträge des Anwalts von Ulrike Meinhof und die vorgelegten ärztlichen Stellungnahmen wurden von Bundesanwalt Zeis als "weithin unsachliche Beschwerdevorbringen" bezeichnet, auf ihre Inhalte ging er nicht ein.

5. Gutachtliche Stellungnahme von Prof. Dr. Witter zu Ulrike Meinhofs strafrechtlicher Zurechnungsfähigkeit

Am 5.11.1973 legt Prof. Witter dem Generalbundesanwalt beim BGH eine strafrechtliche Stellungnahme vor.

Er hatte Ulrike Meinhof am 4. und 17.5.1973 besucht.

"Solange die Beschuldigte zu keinerlei Kontakt bereit ist, muß die Grundlage für die Beurteilung ihrer strafrechtlichen Verantwortlichkeit für den Zeitraum Juni 1970 bis Juni 1972 in erster Linie aus dem biographischen Material entnommen werden, welches im Rahmen der bisherigen Ermittlungen gesammelt wurde. Ergänzend dazu können die Beobachtungen und Erfahrungen ausgewertet werden, die das Personal der JVA Köln-Ossendorf während der dortigen Unterbringung der Beschuldigten sammeln konnte." (S. 2/3)

Auf die "Hinweise 2. Familienanamnese" (S. 4 ff), "Hinweise zum äußeren Lebenslauf" (S. 6 ff) folgen "Hinweise zur geistigen und sozialen Entwicklung". Die "Hinweise" enthalten zum Teil falsche Angaben. Im Anschluß an den wörtlich zitierten Lebenslauf, den Ulrike Meinhof am 13.11.1954, kurz vor ihrem Abitur, schrieb, stellt Prof. Witter fest:

"In dieser Selbstschilderung der Beschuldigten vom November 1954 findet sich noch nichts, was auf die spätere Entwicklung vom sozialistischen Engagement über den Anarchismus zur Kriminalität hinweisen könnte. Indessen ist zu beachten, daß sich bei den Bezugspersonen aus dem Primärkreis der Beschuldigten bemerkenswerte Hinweise auf eine sozialistische Tendenz in der politisch-weltanschaulichen Einstellung zeigen. Man muß danach annehmen, daß der Beschuldigten auch derartiges Gedankengut bereits in der Jugend nahegebracht wurde, - auch wenn sich in dem für die Schule verfaßten Lebenslauf davon nichts findet. Schon vom Vater der Beschuldigten wird auf Blatt 14 der Akten gesagt, daß er in Oldenburg die 'sozialdemokratische Familie' Guthardt kennengelernt und schließlich deren Tochter (die Mutter der Beschuldigten) geheiratet habe." (S. 15)

(Anm.: Prof. Witter geht nicht darauf ein, daß der Regierungsschulrat Guthardt, Großvater der Ulrike Meinhof, als Sozialdemokrat 1933 aus dem Schuldienst entlassen wurde.)

"Nach Blatt 50 der Akten engagierten sich die Pflegemutter (Riemeck) und die Schwester (Wienke Zitzlaff) der Beschuldigten in den Jahren 1955 bis 1962 'in DFU-Kreisen und anderen Tarnorganisationen der verbotenen KPD'. Auf Blatt 25 der Akten wird unter dem 3. Mai 1971 gesagt, daß die Pflegemutter der Beschuldigten derzeit 'Vorstandsmitglied der 'Deutschen Friedensunion' (DFU) und Anhängerin des pro-sowjetischen Flügels der 'Christlichen Friedenskonferenz' (CFK)' ist. Die politische-weltanschauliche Interessenausrichtung der Schwester der Beschuldigten ergibt sich im übrigen daraus, daß der Mann, den sie im November 1959 heiratete, nach Blatt 50 der Akten gleichfalls in Tarnorganisationen der verbotenen KPD tätig war und dort zeitweilig führende Positionen inne hatte.

Bis zum Ende der Schulzeit der Beschuldigten war aber jedenfalls von einer Tendenz zur Auflehnung und Rebellion nichts zu merken und das Bild, welches man von der Beschuldigten aus der Lektüre des Reifezeugnisses und des im November 1954 verfaßten Lebenslaufes gewinnt, wird nicht nur durch die Selbstschilderung getragen, sondern auch von Außenstehenden bestätigt. ...

... Nach den bisherigen Ermittlungen begannen die Auffälligkeiten erst im Jahre 1958. In einer Übersicht auf Blatt 4 und 5 der Akten sind die Vorkommnisse von Juli 1958 bis 1. Mai 1970 stichwortartig zusammengefaßt: Juli 1958 Münster, Mitherausgeberin des Flugblattes 'Wer atomar aufrüstet, kann die Abrüstung nicht wollen'; - 1958 Präsidiumsmitglied des ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik; - August 1959 Teilnehmerin an den VII. Weltjugendfestspielen in Wien; - 1961 Beleidigung des Bundesministers für Verteidigung, Geldstrafe; - September 1961 Teilnahme an dem Weltjugendforum in Moskau als Chefredakteurin 'konkret'; - 1963 und 1964 Mitunterzeichnerin des Aufrufs zum 'Ostermarsch'; - 1964 Unterzeichnerin einer Flugschrift für den Weltkongreß in Moskau vom 9. bis 14.4.1964; - 1966 Teilnahme am Podiumsgespräch mit Funktionären aus der DDR in Hamburg 13, Curio-Haus, Veranstalter Brücken-Verlag Düsseldorf; - 1968 Verdacht der Nötigung im Zusammenhang mit einem Anschlag auf Springer-Verlag; - 1969 Verdacht der Sachbeschädigung im Zusammenhang mit einem Anschlag auf die iranische Gesandtschaft in Berlin; - 7. Mai 1969 Landfriedensbruch und Hausfriedensbruch im Zusammenhang mit einer Aktion gegen den konkret-Verlag und gegen das Wohnhaus des früheren Ehemanns Röhl; - 1. Mai 1970 schwerer Hausfriedensbruch, Körperverletzung und Aufforderung zum Ungehorsam im Zusammenhang mit dem gewaltsamen Eindringen in ein Mädchenerziehungsheim.

Diesen Vorkommnissen schloß sich dann am 14. Mai 1970 die Befreiung des Häftlings Baader an, deren Einzelheiten in der Anklageschrift auf Blatt 203 der Akten

dargestellt sind. Über die weitere Entwicklung der Beschuldigten, die nach dem Untertauchen im Rahmen der Gruppe 'Baader-Meinhof' vom Juni 1970 bis zur Festnahme der Beschuldigten im Juni 1972 folgte, geben die zusammenfassenden Auswertungen der Bundesanwaltschaft in dem Vermerk vom 15.8.1972 - Seite 1 bis 97 - Auskunft." (S. 18)

Auf Seite 20 ff wertet er die Berichte über Besuche der Schwester und einer Tante aus. Diese Besuche fanden immer unter Aufsicht mindestens eines Beamten des Bundeskriminalamtes oder des Landeskriminalamtes und eines Beamten der Justizvollzugsanstalt statt.

"Die Beschuldigte wurde in der Zeit vom Juni 1972 bis Januar 1973 insgesamt 8 mal für die Dauer von jeweils etwa 3/4 Std. von ihrer Schwester besucht (22.6.72 Blatt 68; ... 5.1.73 Blatt 139). Bei den ersten Besuchen stand das Thema des Kampfes für die Revolution im Vordergrund ..."

Prof. Witter hatte mit der Bearbeitung des Gutachtens am 4.5.1973 begonnen - am 5.11.1973 schließt er es ab.

Seine Informationen von den Beamten der JVA, des BKA/LKA - "Die Vermerke, die von den überwachenden Justizbeamten über diese Gespräche niedergelegt wurden" (S. 22) - beschränken sich aber auf die Zeit der Einschließung im Toten Trakt vom 16.6.1972 - 9.2.1973 bzw. kurz danach. Letzter genannter Termin "23.3.1973, Blatt 145" (S. 22). Spätere Besuche von Angehörigen werden in das Gutachten nicht aufgenommen.

"Die Vermerke ... lassen erkennen, daß die Beschuldigte unter Anpassung an den Gesichtskreis und die Einstellung ihres jeweiligen Besuchers darauf bedacht war, neben den familiär-privaten Themen zielgerichtet auf die Verteidigung, Propagierung und Realisierung ihrer revolutionärpolitischen Vorstellungen einzugehen." (S. 22)

Es folgen "Hinweise auf Krankheiten" - die Informationen wurden u.a. vom "geschiedenen Ehemann der Beschuldigten ... bei einer Befragung im Frühjahr 1971" (S. 23) bzw. "einer späteren Befragung" (S. 24) eingeholt und "von der Sekretärin (Frau Pfahl) des Prof. Kautzky" (S. 25). Prof. Kautzky hatte Ulrike Meinhof am 23.10.1962 operiert.

Abschließend stellt Prof. Witter in einer "forensischen Beurteilung" (S. 27 ff) u.a. fest:

"Ihre über den Rahmen der Schule hinausgehende soziale und politische Interessiertheit zeigte sich in mitleidender Tätigkeit bei einer 'Jugendfilmstunde' und im 'Bund Europäische Jugend'. Hier zeigte sich aber auch ihre Tendenz zur kritischen Distanz, denn sie trat schon Anfang 1952 aus diesem Bund aus, da 'die rein demonstrative Seite ... immer stärker wurde'. Irgendwelche Hinweise zu einem die Kritik verabsolutierenden, destruktiv-oppositionellen Verhalten lassen sich aber bis 1955 nicht ermitteln." (S. 28)

"In ihrer Ehe mit Röhl gab es Schwierigkeiten, angeblich insbesondere wegen außerehelicher Beziehungen des Ehemannes (Blatt 21). Zum endgültigen Bruch der ehelichen Verbindung sollen aber auch politisch-organisatorische Differenzen in der Zeitschrift 'konkret' beigetragen haben." (S. 29)

"Der linksradikale Aktionismus der Beschuldigten, der nach den im Ermittlungsverfahren festgestellten Vorkommnissen von 1958 bis 1970 allmählich immer intensiver und pointierter geworden war, gipfelte im Mai 1970 in der Befreiung des Häftlings Baader ..." (S. 30)

"Seit ihrer Inhaftierung zeigte die Beschuldigte durch ihr Verhalten, daß ihre Überzeugung, das moralische Recht auf ihrer Seite zu haben, unerschütterlich ist und daß sie bereit ist, ohne Schonung für sich selbst und andere mit allen irgendwie erreichbaren Mitteln den Kampf auf dem eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Die alles überwuchernde Kampff Idee läßt für andere affektive Bedürfnisse, beispielsweise auch die Zuneigung zu den eigenen Kindern, nur wenig Raum. Die mit einem übersteigerten Selbstwertgefühl verbundene außerordentliche geistige Einengung in der überwertigen politisch-revolutionären Idee verstellt den Blick für die Realität des Lebens, läßt differenzierende und abwägende Betrachtungen von Situationen und Personen kaum mehr zu und hat stattdessen zu einer primitiven Schwarz-Weiß-Schablone der Lebensbetrachtung geführt." (S. 31)

"Nach den vom Unterzeichner ausgewerteten Akten zeigte die vorstehend beschriebene Grundhaltung der Beschuldigten in der Haftzeit bis Mai 1973 nur wenig Schwankungen. Eine Erschütterung der durch diese Grundhaltung begründeten Starrheit und Selbstsicherheit trat nur kurzfristig zu Tage, als die Beschuldigte am 5.7.72 von ihrer Schwester besucht wurde, sich bei dieser für ihr Verhalten entschuldigte und weinte (...). Auf den beobachtenden Beamten machte die Beschuldigte zu diesem Zeitpunkt einen 'körperlich und seelisch desolaten Eindruck'. Maßgebend für diese psychische Erschütterung, die an einen Ansatz-

punkt zur möglichen Einkehr denken läßt, war aber nicht etwa der psychologische Einbruch von besserer Einsicht, sondern psychosomatische Belastungen hatten offensichtlich zu einer Erschöpfung geführt. Notwendigerweise ist die Anfangszeit der Eingewöhnung in der Haftsituation insbesondere bei sehr antriebsreich-aktiven Menschen eine beträchtliche psychosomatische Belastung; es kommt hinzu, daß sich die Beschuldigte zu dem genannten Zeitpunkt seit 3 Tagen in einem 'Hungerstreik' befand und unter Zigarettenentzug stand. Eine Wiederholung eines solchen Erschöpfungszustandes läßt sich aus allen späteren Besuchsberichten nicht mehr entnehmen ..." (S. 33 f)

Prof. Witter entnimmt nicht aus den Akten, daß Ulrike Meinhof an diesem 5. Juli seit drei Tagen nichts zu trinken bekommen hatte. Der Wasserentzug wird verschwiegen - seine Folgen werden psychiatrisch begutachtet.

"Unter dem charakterologisch-persönlichkeitsdiagnostischen Aspekt ist die Beschuldigte typologisch den expansiven fanatischen Persönlichkeiten zuzuordnen." (S. 35)

"Zusammenfassend kann gesagt werden, daß bei der Beschuldigten vorgegebene Persönlichkeitsdispositionen die strukturelle Grundlage für eine expansiv fanatische Persönlichkeitsbildung geliefert haben, deren Entwicklung möglicherweise durch individuelle traumatisierende Erlebnisse und Komplexbildungen ausgelöst oder gefördert wurde, die ihre Ausgestaltung und Inhalte aber jedenfalls unter dem Einfluß zeittypischer sozial-kultureller Feldbedingungen erhalten hat." (S. 41)

Die Kenntnis der Akten über die Schädeloperation 1962 hat für das vorgelegte Gutachten Prof. Witters praktisch keine Bedeutung. Erst auf S. 44 kommt er darauf zurück:

"In den bisherigen Ausführungen zur forensischen Beurteilung wurde die Gefäßgeschwulst und die Schädel-Hirn-Operation der Beschuldigten nicht erwähnt ... läßt sich vorweg sagen, daß nach vielfach gesicherter psychiatrischer Erfahrung expansiv-fanatische Persönlichkeitsentwicklungen der hier vorliegenden Art mit hirnorganischen Schäden oder Krankheiten in keinerlei ursächlichem Zusammenhang stehen." (S. 44 f)

"Typische allgemeine psychopathologische Zeichen einer hirnorganischen Wesensänderung sind Antriebsverlust, Verlangsamung und affektive Labilität. Hinweise auf Antriebsverlust und Verlangsamung gibt es aus der Lebensführung der Beschuldigten und aus ihrer Beobachtung in der Justizvollzugsanstalt nicht." (S. 51)

Ulrike Meinhof wußte, daß Szintigraphie mit Narkose, evtl. stereotaktischem Eingriff, die Funktion der Sonderbehandlung hatten: Ein Eingriff in ihr Gehirn - unter bedenkenloser Nichtbeachtung der Gefahr fürs Leben bzw. die Zerstörung des Gehirns. ("Der Schreck der Nation - ein Fall für den Psychiater? So ist es!", Bild v. 5.6.1972.)

"Die Fehlentwicklung der Beschuldigten begann sich 1958 zu manifestieren" (vgl. oben - Juli 1958 Münster, Mitherausgeberin des Flugblattes 'Wer atomar aufrüstet, kann die Abrüstung nicht wollen') "und zeigte dann eine kontinuierliche Progression". (S. 45)

"Nach psychiatrischer und psychotherapeutischer Erfahrung sind die Grundstruktur und die daraus resultierenden Handlungsbereitschaften fanatischer Persönlichkeiten praktisch nicht zu beeinflussen." (S. 52)

"Unter Bezug auf die strafrechtlich zur Diskussion stehenden Sachverhalte lassen sich danach die Merkmale des § 51 StGB - Geistesschwäche, krankhafte Störung der Geistestätigkeit, Bewußtseinsstörung - nach Auffassung des Unterzeichners ausschließen." (S. 54)

Nachdem das Gutachten von Prof. Witter vorlag, wurde Ulrike Meinhof wieder im Toten Trakt total isoliert: vom 21.12.1973 bis 3.1.1974 und wieder vom 5. 2.1974 bis 28.4.1974, zuletzt zusammen mit Gudrun Ensslin. Nach ihrer eigenen Aussage war das zweite und das dritte Mal schlimmer als das erste Mal: sie wußte, was läuft und wußte nie, wann sie wieder rauskommt.

Der Hessische Justizminister Karl Hemfler in einem Interview im holländischen Fernsehen: "... Das mag zutreffen, daß das jemand als Folter empfindet." Und: "... das liegt zum Teil ja selbst in der Person der Betroffenen, die durch ihr hartnäckiges Weigern oder durch die Tendenz, alles zu verschleiern und auf keinen Fall hier die Wahrheit zu sagen oder die Wahrheitsfindung zu erleichtern, sich das selbst zuzuschreiben "

6. Hungerstreik der politischen Gefangenen
vom 13. September 1974 bis 5. Februar 1975

"Wer seine Lage erkannt hat, - wie soll der aufzuhalten sein?

Das ist unser dritter Hungerstreik
GEGEN SONDERBEHANDLUNG, GEGEN DIE VERNICHTUNGSHAFT
an politischen Gefangenen in den Gefängnissen der
Bundesrepublik und Westberlin."

(Aus der Hungerstreikerklärung vom 13.9.1974)

Am 27.8.1974 wurde Ulrike Meinhof nach Berlin verlegt. Sie wurde im Turm der JVA-Moabit 12 a untergebracht. Dies ist eine Haftanstalt, die ausschließlich für die Unterbringung von männlichen Gefangenen eingerichtet ist. Über der eigentlichen Männerhaftanstalt befindet sich in einem Neubau-Anbau ein Zellenstockwerk mit 5 von der übrigen Anstalt abgetrennten Zellen. Auf der einen Seite des Flurs sind drei Zellen, auf der anderen zwei. Die Etage ist durch eine enge Treppe zu erreichen. Vier der Zellenfenster sind zusätzlich zu dem üblichen Gitter mit einem engen rostähnlichen Gitter versehen. Wohl um dem Vorwurf der Isolation zu begegnen, wurden aus der Frauenhaftanstalt 3 weibliche Gefangene nur für die Zeit des Aufenthalts von Ulrike Meinhof in diesen Zellen trakt verlegt. Sonst steht die Etage leer oder die Zellen dienen den Kalfaktoren des Männergefängnisses als Schlafzellen. In der 5. Zelle waren die Wärterinnen, die ebenfalls nur in dieser Zeit dort Dienst taten, untergebracht.

Ulrike Meinhof hatte mit jeweils einer der Frauen Hofgang. Dieser fand in einem kleinen Hof der Männerhaftanstalt statt. Weitere Zusammenkünfte wurden trotz mehrfacher Anträge nicht erlaubt.

Am 10.9.1974 begann der Prozeß um die Baader-Befreiung. Am 13.9.1974 gab Ulrike Meinhof für die Gefangenen aus der RAF im Prozeß die Hungerstreikerklärung ab. Am selben Tag begann sie mit 40 anderen politischen Gefangenen den Hungerstreik.

Vom 4.11.1974 an war Ulrike Meinhof allein im Turm. Die drei anderen Gefangenen waren nacheinander in das Haftkrankenhaus verlegt worden. Dort sollte die Zwangs-ernährung durchgeführt werden und eine ärztliche Untersuchung erfolgen. Der Hofgang war schon Wochen vorher eingestellt worden, weil die Gefangenen zu schwach dazu waren. Bis zum 20.11.1974 war Ulrike Meinhof im Turm, dann wurde sie ebenfalls bis zu ihrer Verlegung nach Stuttgart-Stammheim im Haftkrankenhaus untergebracht.

Die Zwangs-ernährung während des Hungerstreiks wurde bei den Berliner Gefangenen - im Gegensatz zu den Gefangenen in der BRD - erst am Ende der siebten, in der achten Woche begonnen (zwischen dem 1.11. und 6.11.). Ulrike Meinhof war die letzte der sich im Hungerstreik befindlichen Gefangenen, die zwangs-ernährt wurden (am 6.11.1974). Am 8.11.1974 stellte Rechtsanwalt Ströbele in der Haupt-verhandlung den Antrag, das Verfahren gegen Ulrike Meinhof abzutrennen und auszusetzen, weil sie in Isolation im Turm der JVA Moabit gefangengehalten wird und dadurch unver-schuldet verhandlungsunfähig ist. Dieser Antrag wird abge-lehnt, weil auch nach 8 Wochen Hungerstreik Ulrike Meinhof durchaus verhandlungsfähig ist: eine medizinische Unter-suchung erfolgte nicht.

Am Samstag, den 9. November 1974, starb Holger Meins nach 56-tägigem Hungerstreik in der JVA Wittlich. Er war als erster Gefangener zwangs-ernährt worden - mit (zuletzt) täglich 400 cal. Am Tag seines Todes hatte der zuständige Gefängnisarzt Wochenendurlaub genommen. Anträge seiner Verteidiger - am 6.10.1974 und 15.10.1974 - während des Hungerstreiks und schließlich am Tag seines Todes, einen Arzt des Vertrauens zuzuziehen, werden abgelehnt.

Gegenüber der Presse erklärt Richter Dr. Prinzing, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Stuttgart, am 9.11.1974:

"Dem Senat und der Vollzugsanstalt seien von Seiten der Anwälte keine Hinweise gegeben worden, die auf einen bedrohlichen Zustand hätten schließen können. Er habe davon erst am Samstag erfahren."

In der Pressekonferenz der Anwälte zum Tod von Holger Meins berichtet Rechtsanwalt Otto Schily, Berlin, daß Ulrike Meinhof sich ebenfalls in Lebensgefahr befindet. Rechtsanwalt Ströbele erklärt im Baader-Befreiungs-Prozeß am 12.11.1974, er hätte auch an wichtige Zeugen keine Fragen mehr zu stellen, weil nicht zu verantworten sei, daß Ulrike Meinhofs Aufenthalt im Turm noch verlängert würde.

Das Urteil erging am 29.11.1974: 8 Jahre Straftaft.

Als sie nach Stuttgart-Stammheim zurückverlegt wird, äußert sich Dr. Henck, Gefängnisarzt von Stuttgart-Stammheim, entsetzt über Ulrike Meinhofs Gesundheitszustand. Es ist ihm unerklärlich, daß seine Kollegen das zugelassen haben.

B

ZU DEN MEDIZINISCHEN BEFUNDEN

I. Erhängungsvorgang

a) Rechtsmedizinische Leichenuntersuchung vom 9.5.1976:

Die Leiche von Ulrike Meinhof hängt am linken der zwei Zellenfenster. Der zu öffnende Fensterteil wird von einem massiven Drahtgitter eingenommen. Am obersten Ende des Drahtgitters links ist der Streifen eines blauen karierten Handtuchs durchgezogen. Er bildet nach unten eine Schlaufe. Beide Enden des Handtuchstreifens sind unten in der Mitte zusammengeknotet. Der Kopf hängt in dieser Schlinge. Die Verknotung befindet sich unmittelbar hinter dem Kinn. Die Schlinge läuft beidseits am Hals nach hinten oben. Nach seitengleichem Verlauf hinter den Ohren verläuft die Schlinge über dem Nacken und dem Hinterkopf. Vom Aufhängepunkt am Fenstergitter zum Knoten besteht ein Abstand von jeweils 34 cm.

b) Obduktionsbericht Rauschke vom 9.5.1976:

(2.) Auf dem Hals der Leiche liegt das Strangwerkzeug. Es ist an der ursprünglichen Aufhängestelle in der Mittellinie durchtrennt. Die Seitenteile sind 26 und 25 cm lang, die Breite beträgt 4 cm. Es folgt ein doppelter Knoten mit zwei freien Enden, das eine 11 und das andere 12 cm lang.

c) Die Zellenbilder 8, 9, 10, 11 zeigen die Aufhängesituation mit extrem kurzer Schlinge: die Aufhängestelle am Fenstergitter wird durch den Kopf verdeckt.

Die Maßangaben unter a) und b) sind miteinander unvereinbar.

II. Zu den Untersuchungen der Leiche

1. Temperatur

- a) In seiner Vernehmung am 9.5.1976 gibt der Gefängnisarzt Dr. Henck an, gegen 7,40 Uhr am 9.5. habe er Auskühlung der Leiche auf etwa Zimmertemperatur festgestellt.
- b) Professor Rauschke gibt zur rechtsmedizinischen Leichenuntersuchung am 9.5. an, um 11 Uhr habe sich die Leiche noch warm angefühlt.
- c) Professor Rauschke als Obduzent stellt um 12,45 Uhr am 9.5. eine Mastdarmtemperatur von 28° fest.

Für die Todeszeitpunktfeststellung geben diese Angaben nichts her. Andere Todeszeitpunktermittlungen sind nicht ersichtlich.

2. Speichelspur

- a) Rechtsmedizinische Leichenuntersuchung vom 9.5.1976: An der Unterlippenmitte hängt ein Speicheltropfen, an der rechten Unterlippenseite befindet sich eine schleimige Speichelspur, die von der Unterlippe bis zu den Enden des Handtuchstücks verläuft, und zwar in Form eines dünnen Schleimfadens.
- b) Aus dem Obduktionsbericht Rauschke, 40: In der Mittellinie der Brust von der Oberbrustbeingrube abwärts bis zum Nabel eine 3 - 4 mm breite gelbliche eingetrocknete Speichelabrinnsur.
- c) Von Speichelspuren an der Kleidung, insbesondere an der Oberbekleidung: ein eng anliegendes Baumwollhemd, wird nichts bekannt. Der Bericht der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle vom 11.5.1976 sagt zu diesem Baumwollhemd: Fremdanhaftungen lassen sich nicht feststellen.

Daran schließt sich die Frage, ob die Speichelspur b) bei unbekleidetem Oberkörper entstanden ist.

3. Male stumpfer Gewalteinwirkung an den Beinen

- a) Der Zweit-Obduzent Janssen stellt in seinem Bericht vom 11.5.1976 unter III fest:
Im Bereich der Unterschenkel fanden sich Folgen stumpfer Gewalteinwirkungen, die zu Lebzeiten erfolgten. Es kann sich hier um die Folgen von Anstößungen während des Erhängungsvorgangs handeln.
- b) Janssen II: Mehrere frische Haut- und Unterhautblutungen an beiden Unterschenkeln und über dem rechten Fußrücken.
- c) Janssen 3:
linkes Bein: Unterschenkel innen, fünfpfennigstückgroß, 23 cm oberhalb der Fußsohle (bei einer Körpergröße von 1,67 m),
Unterschenkel außen, 4 cm unter dem Kniegelenkspalt, knapp markstückgroß,
Oberschenkel außen, 3 cm oberhalb des Kniegelenkspalts, zehnpfennigstückgroß.
rechtes Bein: Unterschenkel außen, 5 cm unter dem Knie, fünfpfennigstückgroß,
Unterschenkel vorn, 5 cm unter dem Knie, fünfpfennigstückgroß,
Unterschenkel außen in Höhe des Kniegelenkspalts, zehnpfennigstückgroß.
- d) Rauschke V: Kleine blaue Flecken an den Beinen sind für den gesamten Hergang ohne Bedeutung.
Janssen III erklärt sie: sie könnten Folgen von Anstößungen während des Erhängungsvorgangs sein.
Damit geht er von einer Mitteilung Rauschkes an ihn aus: Ein Fuß sei auf einen Stuhl gestützt gewesen, der andere habe frei herabhängen (Janssen I).
Die Zellaufnahmen 6, 7, 8 zeigen, daß diese Erklärung auszuschließen ist (vordere Stuhlkante ließe Anstößungen nur in Fuß- und Fußgelenkhöhe zu;

Stuhl steht auf schräg aufsteigender Matratze, also instabil.

Können diese Druckstellen an den Beinen etwa von festen Fingergriffen herrühren?

4. Schürfwunde über dem Gesäß

- a) Janssen 9: Über linker Gesäßseite, etwa in Höhe des oberen Endes der mittleren Gesäßfalte, 2,5 cm von der Mittellinie liegend nahezu senkrecht angeordnete, 8 x 3 mm große, bräunlich-rote Hautveränderung; obere Hautschicht entfernt, hier bräunlich-roter trockener Belag.
Keine Erklärung.
- b) Rauschke 7 stellt gleiche Verletzung fest: ein von oben nach unten gerichteter 8 x 3 mm messender oberflächlicher Hautdefekt mit leichter Verborkung und radiärer Riffelung der Ränder, unterhalb davon feine strichförmige Blutauflagerungen, noch feinere Blutauflagerungen an der Kontaktstelle der rechten Gesäßhälfte.
Keine Erklärung.

Handelt es sich hier um eine Schleifspur am unbekleideten Körper?

Kann diese Aufschürfung in Beziehung stehen zu oben 3 d)?

5. Lippenverletzung

- a) Rauschke 12 vermerkt lediglich: Oberlippe und Unterlippe im Bereich des Lippenrots rotbraun eingetrocknet.
- b) Janssen 11 darüber hinaus: Im Bereich der linken Unterlippe eine sogenannte Rhagade längs angeordnet, 6 - 7 mm lang, bis 2 mm breit klaffend, mit bräunlich-rot eingetrockneten Rändern.
- c) Zellenbild 10 läßt wahrscheinlich diese Wunde erkennen; nicht jedoch, daß sie beim Erhängungsvorgang entstanden sei; vielmehr zeigen die Bilder, daß die Zunge in die Lippen hineingeschoben ist.

Beide Obduzenten geben keine Erklärung für die Wunde. Janssen nennt sie "Rhagade" = Hauteinriß. Eine Lippenverletzung ist am Tag vor dem Tod nicht beobachtet worden. Da sie nach Zellenbild 10 und nach dem Bericht Rauschke 12 (Zungenspitze zwischen Oberkiefer und Unterkiefer eingeklemmt) nicht während des Erhängungsvorgangs durch eigenen Lippenbiß etwa entstanden sein kann, bleibt die Frage offen, ob die Lippenverletzung als Kratzspur erklärt werden kann (vgl. Ponsold 335).

6. Augenbindehäute

- a) Rauschke 10: Augenbindehäute blaß, keine punktförmigen Blutungen.
- b) Janssen 15: Augenbindehäute sowohl im Bereich der Augäpfel als auch an der Innenseite der Augenlider gleichmäßig blaß, ohne Fleckenbildungen.
- c) Hierzu vergleichen: Janssen II: Keine Blutungen oberhalb der Strangmarke.
Rauschke 13: Gesichtshaut im Vergleich zur Haut des Rumpfes etwas bläulich verfärbt.

Prokop 105: bläuliche Verfärbung des Gesichts und Bindehautblutungen sind fast stets Zeichen vitalen Erhängens (allmählich zugehendes Strangwerkzeug bewirkt venöse Stauung im Kopfbereich bei noch teilweise intakter arterieller Zufuhr).

Hätte es nicht bei der Größe der Strangmarken (Rauschke 15: 6 - 7 mm an Halsseiten, vorn 15 mm breit, 2 - 3 mm tief; Janssen 19: 15 - 18 mm breit) zu Blutungen in der Bindehaut kommen müssen?

Ist nicht Fehlen der Bindehautblutung Zeichen für reflexiven Tod: Erwürgen?

Hätten nicht nach Aufhängeart - offene Schlinge, die wohl die Halsschlagader, nicht aber wohl die Wirbelsäulenarterie abdrücken konnte - Stauung im Gesicht und Bindehautblutung auftreten müssen?

7. Zwischenkammblutung

- a) Rauschke 15 bemerkt: An der linken Halsvorderseite ein von der Strangfurche abgehender 8 mm langer und 3 mm breiter Ausläufer nach vorn unten, am Ende spitz zulaufend. Das ist auf Obduktions-Bild 2 zu sehen. Er sagt nichts von sogenannter Zwischenkammblutung. (Ponsold 333: Wird Haut als Falte = Zwischenkamm zwischen zwei Furchen gequetscht, so tritt Blut in die Falte aus = Zwischenkammblutung, durch den Druck der Stricke.)
- b) Janssen 19: Auf der rechten Halsseite läßt sich im Bereich der Strangmarke ein angedeuteter sogenannter Zwischenkamm erkennen mit einer Länge von etwa 4 cm und einer Breite bis zu knapp 2 mm.

Es fehlen Erklärungen für den Strangfurchenausläufer links und für den Zwischenkamm rechts.

Berg 137 und Prokop 114: Blutungen in den Halsweichteilen begründen Verdacht auf Erdrosseln.

Wie ist bei dem beschriebenen Strangwerkzeug (Polizeibericht vom 9.5.1976, S.4: 4 cm breiter Streifen eines Handtuchs; Rauschke 2: Seitenteile der offenen Schlinge 26 und 25 cm lang, es folgt doppelter Knoten mit zwei freien Enden, das eine 11 und das andere 12 cm lang) mehrspurige Schlingenführung möglich oder sonst verschiedene Strangmarkierung zu erklären?

8. Blasen über der Strangmarke vorn

- a) Die Obduktions-Bilder 4, 7, 8, 9 vom vorderen Hals zeigen über der Strangmarke im Bereich des Knotenabdrucks Hautblasen von verschiedener Stärke ohne Verfärbung.
- b) Keiner der Berichte erwähnt sie.

Prokop 104 berichtet von Bläschen bei Darstellung der Strangulierungsspuren, ohne daraus generelle Hinweise abzuleiten. Mueller 462 weist auf etwaige Blasenbildung als Spur für

9. Nackenpartie

- a) Obduktions-Bild 10: "Blick auf die Nackenpartie: keine Strangmarke vorhanden."
Das Bild läßt eine feine Hautfurche um den Nacken herum erkennen, dazu zwei diametral nach schräg unten ablaufende längliche Markierungen.
- b) Die Berichte erwähnen sie nicht. Sie erwähnen allerdings auch nicht die starken Eindrückungen im Bereich der beiden Schulterblätter mit stellenweisen rotbraun gefärbten Hautverletzungen (Obduktions-Bild 10), welche als Druckstellen vom Fenstergitter zu erklären sein mögen. Zu ihnen fällt auf: Auch bei Vergrößerung durch Lupe ist weder Gewebeabdruck vom deutlich strukturierten Baumwollhemd (Obduktions-Bilder 1, 2, 3, 4, 7) noch Faseranhaftung, auch nicht auf den Wundstellen, von dem Jerseystoff des Hemdes zu erkennen.

Mueller 462 weist darauf hin, daß eine Drosselmarke am Nacken nicht mehr zu sehen ist, wenn das Werkzeug gleich nach dem Drosselvorgang abgenommen wird.

10. Fingernägel

- a) Rauschke beschreibt nicht die Fingernägel.
Rauschke C X vermerkt: Fingernägel mit Fingernagelschmutz entnommen.
- b) Janssen 20 findet: Die Fingernägel sind verhältnismäßig kurz und ungleichförmig begrenzt. Bei näherer Inspektion ist festzustellen, daß es sich offenbar um frischere ungleichmäßige Kürzungen evtl. mittels eines Instruments handelt.
- c) Die Ermittlungsakte, soweit sie bekannt ist, enthält keinen Bericht über Untersuchung von Fingernägeln und Fingernagelschmutz. Sie enthält auch keine Ergebnisse von der Untersuchung der Folienabzüge von den Händen (Rauschke C X).

Frei-Sulzer, Beitrag zur Spurenkunde des Suicids durch Erhängen und Erdrosseln, Kriminalistik 9 (1955), 345: Faserspuren vom Strangwerkzeug an den Händen des Toten sprechen für Suizid.

Althoff, Untersuchungen über den Aussagewert von Mikros Spuren beim Tod durch Strangulation, Kriminalistik 19 (1975), 46: weist für Tod durch Strangulation auf die Schwierigkeit einer klaren Differentialdiagnose: Mord (also Erdrosseln oder Erwürgen) oder Selbstmord hin; bei textilartigem Gewebe lassen sich durch Abkleben des Strangulationswerkzeugs in allen Fällen Fasern gewinnen, beim Abkleben der Halshaut in 17 von 23 Fällen, beim Abkleben der Hände in 16 (links) und 13 (rechts) von 23 Fällen.

11. Halsknorpelbrüche

- a) Rauschke 25: Zungenbein auf der linken Seite gebrochen, 1 cm vom freien Rand entfernt ist das linke Zungenbeinhorn vom Zungenbeinkörper getrennt. Die umgebenden Weichteile zeigen keine Blutungen.
Rauschke 26: Am linken Kehlkopfknorpel ist das Horn von seiner Verbindung zum Hauptknorpel gelöst, es besteht eine pfefferkorngroße Weichteilblutung.
- b) Janssen 30: Die Schildknorpelhörner sind beiderseits im oberen Bereich jeweils 11 - 12 mm lang abgebrochen. Auf der linken Seite befindet sich in der Umgebung der Bruchstelle eine etwa 5 x 6 mm große bläulich-rote Durchtränkung des angrenzenden Gewebes.
Janssen 31: Das linke große Zungenbeinhorn ist etwa 11 mm lang abgebrochen. Auf einem Einschnitt in das Gewebe in der Umgebung der Bruchstelle findet sich eine ange deutete, aber mehr fragliche Durchtränkung des Gewebes in einer Größe von etwa 5 x 4 mm. Auf der rechten Seite erscheinen die Fortsätze des Zungenbeins unauffällig.

c) Zellen-Bilder 6, 7, 9, 10, 11, 12 zeigen in Aufhängesituation den Kopf leicht nach rechts, leicht nach unten geneigt.

Dazu Ponsold 334: Brüche des Schildknorpels und des Ringknorpels sind selten und erwecken den Verdacht auf Drosseln oder Würgen.

12. Sperma-Untersuchung

- a) Rauschke C VII: Richter und Staatsanwalt ordnen u.a. ergänzende Untersuchung auf Sperma an, wozu Abstriche aus Scheide und Mastdarm angefertigt worden sind.
- b) Janssen 6 vermerkt als eine der beiden Informationen, die ihm Erstobduzent Rauschke gegeben hat (die andere: Janssen I: Aufhängesituation): Erstobduzenten haben Abstrich zur Untersuchung auf Samenbestandteile entnommen.
- c) Bericht der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle vom 11.5.1976: Ein weißer Schlüpfer. In der Zwickelgegend und im vorderen Bereich finden sich hellgelbe Fremdanhaftungen. Dabei dürfte es sich um eingetrockneten Urin handeln. Eine chemische Sperma-Vorprobe zeigte im Zwickelbereich eine positive Reaktion.
- d) Das Institut für Gerichtliche Medizin der Universität Tübingen berichtet am 10.5.1976 als Ergebnis der mikroskopischen und mikroskopischen Untersuchungen des Scheidenabstrichs: Phosphatasereaktion spurenhaltig positiv. Samenfäden lassen sich nicht nachweisen. Danach kommt es zu der Beurteilung: keine Anhaltspunkt dafür, daß Ulrike Meinhof in den letzten Stunden vor ihrem Tode "regulären" Geschlechtsverkehr mit Samenerguß "erlebt" hätte.

Zur Beweiskraft der Vorprobe:

Ponsold 492: Die Phosphatasereaktion weitgehend spezifisch für Sperma, jedoch nicht völlig beweiskräftig, da saure Phosphatase auch in einigen Pflanzensäften, in Schneckenschleim, Bakterienkulturen vorkommt.

Nach Prokop 457 können positive Phosphatasereaktion außer Sperma noch geben: Saft von Blumenkohl, Klee, Malerblume, Lupinen, Winden, Kornrade und Studentenblumen; Schneckensekret; Kolonien von *staphylococcus aureus* (nach Pschyrembel, Klinisches Wörterbuch, 1972: Erreger, umschriebene Eiterungen).

Abschließende Gutachten beider Obduzenten fehlen.
Ponsold 289: Das Gutachten, das unmittelbar nach der Sektion abgegeben wird, ist ein vorläufiges. Nach Kenntnisnahme der Ermittlungen (Vernehmungen) und nach Abschluß der vorzunehmenden Untersuchungen (mikroskopisch, bakteriologisch, chemisch, serologisch) wird später ein **a b s c h l i e ß e n d e s** Gutachten erstattet. Daher erklären die Obduzenten am Schluß des Sektionsprotokolls, daß sie sich ein solches vorbehalten. Dieses abschließende Gutachten hat ein begründetes zu sein, während das vorläufige Gutachten ohne Begründung der Schlußfolgerungen abzugeben ist.

Zitierte Literatur:

Berg, Gerichtliche Medizin, 8. Aufl., München 1968
Mueller, Gerichtliche Medizin, 2. Aufl. 1975
Ponsold, Lehrbuch der Gerichtlichen Medizin, 3. Aufl. 1967
Prokop, Forensische Medizin, 2. Aufl. 1966

C

ZU DEN TODESUMSTÄNDEN

I. Akte der Staatsanwaltschaft: 10 Js 2404/76

1. Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim
am 8./9.5.1976

Diensthabende Beamte für den 7. Stock (Abteilung III):

- Frede, Renate - Assistentin z. Ausbildung im Strafvollzugsdienst, von 8.5., 17,00 Uhr, bis 9.5., 8,00 Uhr.
- Egenberger, D. - Justizbeamter in der VZA S-Stammheim, von 8.5., 18,00 Uhr, bis 9.5., 6,30 Uhr.
- Großmann, Peter - Sekretär im Strafvollzugsdienst, Dienstbeginn am 9.5., 6,30 Uhr.
- Reichl - öffnet die Zelle von G. Ensslin.
- Walz - ist anwesend bei der Übergabe der Beleuchtungskörper durch die Essensklappe.

Angaben Frede bei ihrer 1. Vernehmung durch die Kripo (9.5.):

- a) "Entsprechend der Anordnung der VZA Stammheim habe ich gestern Abend um 22,00 die Zellen der Frau Ensslin und Frau Meinhof geöffnet und mir wie jeden Tag die Neonröhren und Glühbirnen von den Beleuchtungskörpern in den Zellen geben lassen."
- b) "Zu dem erwähnten Zeitpunkt zeigte sich Frau Meinhof wie jeden Tag unauffällig ..."
- c) "Bis gegen 22,30 habe ich aber aus der Zelle der Frau Meinhof ein Schreibmaschinengeräusch gehört. Es war für mich unschwer zu erkennen, daß Frau Meinhof mit ihrer Schreibmaschine geschrieben hat."
- d) "In der Zeit von 22,00 am gestrigen Abend bis heute früh, als die Frau Meinhof in ihrer Zelle tot gefunden wurde, wurden von mir keine Kontrollen über das Befinden der Frau Meinhof in ihrer Zelle durchgeführt."

Angaben Frede bei ihrer 2. Vernehmung durch die Kripo (11.5.):

- a) "Ich habe nicht die Zellentüre geöffnet, sondern nur die Essensklappe. Hierbei waren außer mir noch die Beamten Walz und Egenberger anwesend."
(Aus einem Aktenvermerk der Kriminalpolizei vom 12.5.1976: "Herr Walz wird normalerweise nur zum Öffnen der Essensklappe hinzugezogen, da laut Vorderschrift drei Beamte anwesend sein müssen. Herr Walz versah in dieser Nacht seinen Dienst im Erdgeschoß.")
- b) "In letzter Zeit ist mir oft aufgefallen, daß Frau Meinhof sehr durcheinander und vergeßlich war ... Meiner persönlichen Meinung nach hat sie sich etwas abgesondert."
- c) "Nachdem wir die Glühbirnen in Empfang genommen haben, habe ich noch ca. 1/2 Std. lang Schreibmaschinengeklapper aus der Zelle der Frau Meinhof gehört. Es war eindeutig Schreibmaschinengeklapper. Ich konnte es aus dem Grund hören, da sich unser Dienstzimmer nur ca. 10 Meter von der Zelle der Frau Meinhof entfernt befindet. Die Türe ist die ganze Nacht über grundsätzlich geöffnet."

Anmerkungen:

Die Zellen von U. Meinhof (719) und G. Ensslin (718) liegen nebeneinander, eine exakte Zuordnung des Schreibmaschinengeräusches aus 10 Meter Entfernung ist schwer möglich. Wo ist Frede am 9.5., 7,34 Uhr? - sie hat bis 8,00 Uhr Dienst. Warum behauptet Frede bei der 2. Vernehmung - zwei Tage später auf der Kripo-Dienststelle - U. Meinhof sei häufig durcheinander usw. gewesen, im Unterschied zur 1. Vernehmung (unauffällig)?

Angaben Egenberger, Vernehmung am 12.5.1976:

- a) "Es war etwa gegen 22,10, als wir die Glühbirnen in Empfang genommen haben."
- b) "Schreibmaschinengeklapper habe ich in dieser Nacht nicht gehört. Wahrscheinlich liegt es daran, daß die Verbindungstüre zwischen dem Zellentrakt und dem Vorraum, in dem sich mein Dienstzimmer befindet, grundsätzlich geschlossen ist."
- c) Sicherheitsschlüssel für das Speziälschloß an Zelle 719: "In einem Metallkasten in dem Dienstzimmer im 7. Stock befindet sich einer dieser Sicherheitsschlüssel. Beim Öffnen des Metallkastens wird jedoch Alarm ausgelöst. Der Kasten kann nur mit einem Durchgangsschlüssel geöffnet werden. Einen solchen Durchgangsschlüssel hat jeder Aufsichtsbeamte an seinem Schlüsselbund."

Frede:

"Abends nach Feierabend wird dieser Schlüssel wieder gegen Unterschrift dort abgegeben, wo er die Nacht über verschlossen aufbewahrt wird."

Aktenvermerk vom 10.5.1976:

Verwahrung eines Sicherheitsschlüssels der Zellen der BM-Gefangenen in der III. Abteilung, ...

Anweisung vom 14.4.1976

"Dieser Sicherheitsschlüssel befindet sich in einem durch eine Alarmanlage gesicherten Kästchen. Dieser Sicherheitsschlüssel darf nur in Notfällen, wie Brand oder schwerer akuter Erkrankung entnommen werden. Es müssen dann aber in jedem Fall drei Beamte bei der Öffnung der Zelle anwesend sein. Während der Nachtzeit ist eine Kontaktaufnahme mit den Gefangenen nur durch die Essensklappe möglich."

Anmerkungen:

Herausgabe der Glühbirnen: Frede sagt 22,00, Egenberger 22,10.

Frede hat bis gegen 22,30 Geräusche gehört, was hat sie danach gemacht?

Wieviele Sicherheitsschlüssel gibt es?

Bei der Übergabe der Glühbirnen müssen drei Beamte anwesend sein, obwohl diese nur durch die Essensklappe erfolgt, während morgens bei der Zellenöffnung nur ein Beamter erforderlich ist. (?)

Auffällig:

U.M. hat bis gegen 22,30 keine Schreibmaschine geschrieben. Was hat Frede gehört? Wo sind die Justizbeamten nachts (sie scheinen öfter auf anderen Stockwerken zu sein) ?

Angaben Großmann bei seiner Vernehmung am 9.5.:

- a) "Bei der Ablösung wurden mir von dem Nachtdienstbeamten keine besonderen Vorkommnisse gemeldet. Genau um 7,34 habe ich die Zelle 719 der Frau Meinhof zur Kaffeeausgabe geöffnet."
- b) "Ich habe deshalb zunächst vom Zelleneingang aus einen Blick in die Zelle geworfen, um nach Frau Meinhof sehen zu können."
- c) "Dabei fiel mir auf, daß die Frau Meinhof, von der ich zunächst nur den Kopf sah, leblos an dem vordersten Zellenfenster hing. Ich habe sofort geahnt, daß hier etwas passiert ist und sich die Frau Meinhof wahrscheinlich am Zellenfenster erhängt hat."
- d) "Um 7,35 ... habe ich dann die Zelle der Frau Meinhof mit meinem Kollegen Reichl betreten. Wir sind beide zu dem Fenster gegangen an dem Frau Meinhof hing. Von mir wurde die Frau Meinhof kurz angefaßt ... sicheres Zeichen, daß Frau Meinhof tot ist. Veränderung habe ich nicht vorgenommen."
- e) "Wir haben die Zelle sofort wieder verlassen, die Zellentür abgeschlossen und den Schlüssel bis zum Eintreffen der Kripo abgezogen. Die Zelle ist somit bis zum Eintreffen der Kripo nicht mehr betreten worden."

- f) "Über meine Feststellungen habe ich sofort die Alarmierung der Polizei veranlaßt. Darüber hinaus veranlaßte ich die Verständigung der Anstaltsleitung und des Anstaltsarztes Dr. Henck."

Angaben Dr. Henck bei seiner Vernehmung am 9.5.1976:

- a) "Ich bin heute morgen um 7,35 von dem Oberverwalter Münzing ... in meiner Wohnung davon unterrichtet worden ..."

Anmerkung:

Münzing wurde von Großmann benachrichtigt, der sich um 7,35 jedoch in der Zelle der Frau Meinhof befand.

- b) "Ich wurde um ca. 7,3? (unleserlich) angerufen ... daß Frau Meinhof möglicherweise tot sei. Ich ordnete sofort an, daß, falls es noch sinnvoll wäre, sofort mit lebensrettenden Maßnahmen begonnen werden sollte, und zwar Beatmung und Herzmassage."

Anmerkung:

Als Henck in der Abtlg. III anruft, ist die Zelle bereits wieder verschlossen gewesen, da Großmann nach Verriegelung der Zelle Oberverwalter Münzing benachrichtigt hat. Die Anordnung Henck ist also nicht ausgeführt worden. Das heißt, es war nicht mehr "sinnvoll" - bestimmt Großmann.

- c) "Um 7,40 befand ich mich bereits in der Abt. III und begab mich sofort in die Zelle von Frau Meinhof."

Anmerkung:

Henck wird um 7,35 angerufen, ruft zurück in die Abtlg. III und ordnet an, ist bis 7,40 von seiner Dienstwohnung bis zum 7. Stockwerk gelangt.

Henck begibt sich sofort in die Zelle. Nach Großmann ist in der Zelle bis zum Eintreffen der Kripo keiner gewesen. Die Kripo trifft gegen 8,15 ein.

- d) "Bei meiner kurzen Leichenbesichtigung stellte ich fest, daß eine absolute Leichenstarre in den Armen vorhanden war. Außerdem fanden sich Leichenflecke an den abhängenden Körperpartien, sichtbar für mich an beiden Armen. Als Todesursache ist die erfolgte Strangulation anzusehen ..." (Vernehmung durch Kripo).

"Ich sah Frau Meinhof am Zellenfenstergitter mit Blick in die Zelle hängen. Ich stellte fest, daß Frau Meinhof offensichtlich tot war. Es bestand eine totale Leichenstarre, wegdrückbare Totenflecke an den nicht bekleideten Unterarmen und Auskühlung der Leiche auf etwa Zimmertemperatur ..." (Angaben vor dem Reg.Ass. Malik für die Anstaltsleitung).

"Ihre Oberarme seien frei gewesen. Henck habe beim Anfassern festgestellt, daß die Leiche total ausgekühlt gewesen sei, er habe sofort gesehen, daß auf den Armen schon Leichenflecken seien. Offenbar waren die Oberarme frei." (Gesprächsnotiz von Klaus Croissant nach dem Telefonat mit Peter Born vom Stern am 21.5.1976).

Anmerkung:

Korrigiert Henck seine Angaben, die er vor der Kripo gemacht hat, bei der "Vernehmung" durch die Anstaltsleitung, indem er besonders die nichtbekleideten Unterarme feststellt?

- e) "Ich habe dann noch die Sonderleitstelle im Mehrzweckgebäude angerufen und sie gebeten, die Sicherheitsmaßnahmen zu erhöhen." (Vernehmung vor Malik)

Anmerkung:

Warum ?

Oberverwalter Münzing ruft die Kriminalpolizei um 7,45 Uhr an. Oberverwalter Messer ruft den stellvertretenden Anstaltsleiter Schreitmüller gegen 7,45 Uhr an.

Als Schreitmüller sich in die Vollzugsanstalt begibt (unverzüglich), ist die Kripo schon anwesend,

"die bereits die notwendigen Untersuchungen durchführte".

Als die Kripo gegen 8,15 Uhr eintrifft, ist u.a. Schreitmüller schon da.

Henck:

"Wir haben dann auf das Eintreffen von Herrn Prof. Rauschke gewartet, der ebenfalls benachrichtigt worden war."

Schreitmüller:

"Die Gefangene Meinhof hing noch, als ich in die Zelle kam, an dem linken Zellenfenster, wo sie sich erhängt hatte."

Anmerkung:

Bis zu diesen Aufzeichnungen wird von keinem der Beamten, die in der Zelle gewesen sein könnten, ein Stuhl, ein umgedrehtes Bett, unordentliches Matratzenlager erwähnt.

In dem Bericht der Kripo wird nicht erwähnt, daß Rauschke anwesend ist.

Nach Henck haben "wir" dann auf das Eintreffen von Rauschke gewartet.

Nach Rauschke (Bericht des Gesundheitsamtes) ist er ab 9,25 Uhr bei der Arbeit.

Der Stuhl taucht erstmalig in der Darstellung der Kripo und im Bericht Rauschke/Gesundheitsamt auf.

Rauschke beginnt um 9,25 Uhr mit der Rechtsmedizin. Leichenuntersuchung.

Spätestens um 9,20 Uhr die 1. Meldung der Nachrichtenagentur UPI:

"Die westdeutsche Anarchistin Ulrike Meinhof ist tot. Der Justizminister in Stuttgart hat Sonntagmorgen mitgeteilt, daß sie 'Selbstmord durch Erhängen' verübte."

2. Zellendurchsuchung

(Bericht der Kripo): "Selbstmord durch Erhängen"

- a) "Hauptbeleuchtungskörper fehlt".
An der Tischlampe ist eine Glühbirne eingeschraubt, von der Spuren zur Untersuchung entnommen werden.
Ergebnis: "In allen Fällen handelt es sich um Fragmentabdrücke, die nicht für Identifizierungszwecke geeignet sind. Beim Vergleich mit den Fingerabdrücken unter den Personalien Meinhof, Ulrike, geb. ..., wurden keine Anhaltspunkte für Übereinstimmungen festgestellt."
- b) "Seitlich rechts neben dem Tisch stehen auf dem Boden der Zelle ein tragbares Fernsehgerät und ein Radiogerät."
Nach Bild 15 der zur Verfügung stehenden Bilder steht der Fernseher rechts, das Radiogerät links.
- c) "Insgesamt befinden sich in der Zelle zwei Fenster. Sie befinden sich in der linken Zelleseite ..."
Nach der Skizze der Kripo befindet sich zumindest ein Fenster (das rechte) gegenüber dem Zelleneingang.
- d) "Als Strangwerkzeug dient ein etwa 4 cm breiter Streifen eines über das Zellenfenster gelegten und ebenfalls blaukarierten Handtuches. Dieser Streifen ist mit einer Schere oder einem Messer von dem Handtuch abgetrennt worden."
"Wiederum links neben dem Bettgestell können auf einem dort befindlichen Tisch eine Schere und ein Messer vorgefunden werden. Da zu vermuten ist, daß eines dieser Schneidwerkzeuge zum Abtrennen des Strangulierungswerkzeuges bzw. Handtuchstreifens verwendet wurde, werden beide Schneidwerkzeuge und das über dem Fensterflügel hängende Handtuch ebenfalls sichergestellt und zum Zwecke einer eingehenden Untersuchung der KTU übergeben."
Bei der KTU-Untersuchung können bei der makroskopischen Untersuchung an den Schneidwerkzeugen Fremdanhaftungen bzw. Rückstände von Fasern nicht festgestellt werden (Bericht vom 11.5.1976).
Handtuch: "Von der Breitseite wurde ein Streifen abgeschnitten. Bei dem abgeschnittenen Streifen dürfte es sich mit Sicherheit um das Tatmittel handeln."
Die Gegenstände werden am 13.5.1976 dem LKA zur weiteren Untersuchung übersandt. Ein Ergebnis ist nicht bekannt.
"Als Strangwerkzeug dient ein etwa 4 cm breiter Streifen eines über das Zellenfenster gelegten und ebenfalls blaukarierten Handtuches." (Kripo-Bericht vom 9.5.1976)

Anmerkung:

Wie kann die Breite des Streifens gemessen werden, wenn die Leiche noch am Fenster hängt?

"Strangulationsmittel, ca. 4 - 4,5 cm breiter Handtuchstreifen, Länge 73 cm ohne geöffneten Knoten ...

2. Ein blau-kariertes Handtuch, 45 x 75 cm.
3. Ein blau-kariertes Handtuch, 37 x 75 cm ..."

(gesicherte Spuren bzw. Gegenstände aus der Zelle, erwähnt im Bericht der KTU vom 10.5.1976)

Anmerkung:

Breite des Strangulationsmittels ca. 4 - 4,5 cm, am 2. Handtuch fehlt allerdings eine Breite von 8 cm.

"Die Enden des Strangwerkzeuges ragen noch etwa 11 cm vom Knoten aus nach unten." (Bericht Kripo)

"Beide Enden des Handtuchstreifens sind unten in der Mitte zusammengeknotet ... Vom Aufhängepunkt am Fenstergitter zum Knoten besteht ein Abstand von jeweils 34 cm." (Bericht - Rechtsmedizinische Leichenuntersuchung, 9.5.0976)

"Es (das Strangwerkzeug) ist an der ursprünglichen Aufhängestelle durchtrennt. Die Seitenteile sind 26 und 25 cm lang, die Breite beträgt 4 cm. Es folgt ein doppelter Knoten mit zwei freien Enden, das eine 11 cm und das andere 12 cm lang." (Obduktion Rauschke)

Anmerkung:

Selbst bei großzügiger Berechnung besteht eine Differenz zwischen 34 cm und 36 cm bzw. 38 (max.) cm. Nach Rauschke ist die Gesamtlänge - ohne Knoten - 74 cm, nach KTU-Bericht 73 cm.

e) Obduktionsauftrag:

"Auf Antrag der STA Stuttgart wurde noch am 9.5.76, ... eine Leichenöffnung durchgeführt." (Bericht Kripo)

"Prof. Rauschke führte eine Leichenbesichtigung durch und ordnete die Obduktion von Frau Meinhof an." (Vernehmung Hencks durch Malik)

f) Aufhänge-Situation:

"Die lichte Öffnung der Fenster beträgt 64 x 57 cm. Die Unterkanten von beiden Fenstern sind 145 cm vom Zellenboden entfernt. Die Fenster sind in üblicher Weise vergittert, haben jedoch zusätzlich ein relativ engmaschiges Drahtgeflecht eingebaut. An beiden Fenstern sind die Fensterflügel weit geöffnet. Am Griffstück des Fensterflügels vom hintersten Fenster der Zelle hängt ein roter elastischer 'Trimm-Dich-Gürtel' und über dem geöffneten Fensterflügel ist ein blau-kariertes Handtuch, wie es in der VZA verwendet wird, abgelegt. Beide Stücke werden vorsorglich sichergestellt und der KTU zu einer evtl. notwendig werdenden Untersuchung übergeben. Hinsichtlich der beiden erwähnten Gegenstände sind jedoch im Augenblick keine Zusammenhänge mit der Tat erkennbar.

Die Leiche der Ulrike Meinhof findet sich erhängt an dem bereits erwähnten Maschendrahtgeflecht des von der Zellentür aus gesehen vordersten Zellenfensters an der linken Wandseite. Der Rücken der Toten berührt das Zellenfenster. Der Aufhängepunkt liegt genau 205 cm über dem Fußboden. Als Strangwerkzeug dient ein etwa 4 cm breiter Streifen eines über das Zellenfenster gelegten und ebenfalls blau-karierten Handtuchs ... Unmittelbar beim Zellenfenster steht auf einer auf dem Boden liegenden und mit mehreren Wolldecken abgedeckten Matratze, die 7 cm hoch ist, ein Stuhl, dessen Rückenlehne zur Zellenmitte zeigt. Die Sitzfläche des zum Zelleninventar gehörenden Stuhls ist 40 cm hoch. Der linke Fuß der Toten berührt noch die linke Außenkante des Stuhls, während der rechte Fuß seitlich an der rechten Kante der Sitzfläche nach unten hängt." (Bericht Kripo, 9.5.1976)

"Frau Meinhof hat sich auf den unter dem Fenster auf einer Bettmatratze stehenden Stuhl gestellt, den Handtuchstreifen durch die Öffnungen des Fenstergitters gezogen, ihren Rücken der Wand unterhalb des Fensters zugekehrt, den Handtuchstreifen beidseitig um den Hals gelegt, die Enden des Handtuchstreifens unter dem Kinn doppelt verknötet und den Stuhl durch einen Schritt ins Leere verlassen, so daß sie frei am Fenstergitter hing und bald darauf bewußtlos wurde und infolge Erstickung starb." (vorl. Obduktionsbefund Rauschke)

"Die Leiche hängt senkrecht nach unten. Unter der Leiche steht ein Stuhl mit Sitzteil fensterwärts und Rückenlehne zimmerwärts. Das rechte Bein ist in gestreckter Haltung, der Unterschenkel verläuft neben dem Stuhl, der Fuß befindet sich in leichter Spreitfußstellung und schwebt frei. Der Abstand zwischen Fuß und Stuhlunterlage - Bettmatratze - beträgt 20 cm, von der Matratze bis zur Großzehenspitze gemessen. Der linke Fuß ist leicht abgespreizt, die Ferse des linken Fußes ruht auf der nach rechts gerichteten Kante des Stuhlsitzes. Beide Arme hängen nach unten und sind in den Ellenbogengelenken leicht gebeugt, so daß die Hände mit den gebeugten Fingern auf der Streckseite der Oberschenkel ruhen." (Rechtsmedizinische Leichenuntersuchung, Rauschke)

Anmerkung:

Nach einer Version hing sie frei, nach der anderen mit einem Fuß auf dem Stuhl; sie kehrte ihren Rücken der Wand unterhalb des Fensters zu, nach den Fotos befindet sich der Rücken in Höhe (zumindest z.T.) des Fensters; die vermutete Rekonstruktion im vorl. Rauschke-Gutachten ist unklar; u.a. ist der Stuhl auf Spuren nicht untersucht worden.

II. Propaganda/Nachrichten

1. DPA-Meldung vom 9.5.1976, 12,40 Uhr:

"Wie die DPA zuverlässig erfuhr, ist die gerichtsmedizinische Obduktion noch nicht abgeschlossen."

DPA-Meldung vom 9.5.1976, 13,40 Uhr:

"Bereits am Sonntagvormittag fand in Stuttgart eine gerichtsmedizinische Obduktion des Leichnams von U.M. statt."

Kripo-Bericht vom 9.5.1976:

"Nach dem Ergebnis der Obduktion liegt zweifelsfrei ein Tod durch Strangulation vor. Die festgestellten Befunde entsprechen auch dem objektiven Tatbefund. Anhaltspunkte für ein Fremdverschulden haben die Ermittlungen nicht ergeben ... Zur Frage des Motivs kann von hier aus keine Stellung genommen werden. Es wird angeregt, diesbezüglich ein entsprechendes Gutachten bzw. Stellungnahme bei Herrn Dr. Henck einzuholen, der nach hiesigen Erkenntnissen mit Frau Meinhof bis kurz vor der Tat noch persönliche Gespräche geführt hat."

Die Welt vom 13.5.1976:

"Prozeßbeteiligte in Stgt-Stammheim sagten gegenüber der Welt, Ulrike Meinhof habe 24 Stunden vor dem Selbstmord bei einem Rundgang auf dem Dachgarten des Gefängnisses zum erstenmal seit ihrer Haft ein persönliches Gespräch mit dem Anstaltsarzt angeknüpft und sich ungewöhnlich freundlich gezeigt. Sie fragte ihn nach seinem Studienfach Neurologie und dem gemeinsamen Studienort Marburg. Sie erzählte auch von ihren Kindern, Zwillinge im Alter von dreizehn Jahren, die sie regelmäßig in der Haftanstalt besuchten ..."

Anmerkungen:

Nach dem Abschluß der gerichtsmedizinischen Untersuchung, ca. ab 14,00 Uhr, konnte frühestens festgestellt werden, daß der Obduktionsbefund Fremdeinwirkungen ausschließt.

Nachrichten-Agenturen berichten jedoch spätestens seit 9,20 Uhr, daß Ulrike Meinhof sich in der Zelle erhängt hat.

Die im Kripo-Bericht angeregte Stellungnahme Hencks (zur Motivfrage) ist nicht aktenkundig, erscheint wohl in nachfolgenden Presseveröffentlichungen, so u.a. im Stern:

Daß der Lebenswille Ulrike Meinhofs aufgezehrt war, glaubt dagegen der Stammheimer Gefängnisarzt Dr. Henck: 'Sie hat Bilanz gezogen und ist wohl an der Resignation, an der Unmöglichkeit, ihre politischen Ziele zu erreichen, gestorben. Weil die Idee, die sie verkörpert hat, kaputt war, gab sie sich auf.'

Tatsache ist, daß Henck Ulrike Meinhof nie allein gesprochen hat - auf dem Dachgarten -, weil kein Gefangener allein auf's Dach gegangen ist.

(Für die weitere Darstellung:

- a) Meldungen der DPA bis 16,45 Uhr liegen nicht vor;
- b) Nachrichten-Meldungen sind erst - unvollständig - ab 12,00 Uhr mitgeschnitten worden;
- c) Meldung der DPA um 7,38 Uhr ist z.Zt. nicht nachweisbar;
- d) Meldung in der Notausgabe der Welt vom 9.5.1976 liegt - falls sie überhaupt existiert - nicht vor.)

2. Justizministerium teilt mit, daß Ulrike Meinhof Selbstmord begangen habe, ein Motiv dafür haben sie nicht.

UPI-Meldung vom 9.5.1976, 9,20 Uhr:

"Der Justizminister hat mitgeteilt, daß sie 'Selbstmord durch Erhängen' verübt habe."

Reuter-Meldung vom 9.5.1976, 10,12 Uhr:

"Ein Justizsprecher sagte, daß die Führerin der Stadtguerilla, Ulrike Meinhof, Selbstmord begangen hätte ... "

Reuter-Meldung vom 9.5.1976, 10,22 Uhr:

"Frauen spielten eine Hauptrolle in der Baader-Meinhof-Gruppe seit dem Beginn ..."

Reuter-Meldung vom 9.5.1976, 10,40 Uhr:

"Der Tod von Ulrike Meinhof gibt zu Befürchtungen Anlaß, daß radikale Sympathisanten ihren Tod rächen werden ..."

Reuter-Meldung vom 9.5.1976, 11,04 Uhr:

"STA Heissler sagt gegenüber Reuter, daß Ulrike Meinhof nicht einen einzigen Hinweis gegeben hätte, daß sie versuchen würde, sich das Leben zu nehmen ..."

Deutschlandfunk am 9.5.1976, 12,00 Uhr:

"... Wie das Baden-Württembergische Justizministerium mitteilte, hat sich Frau Meinhof in ihrer Zelle in der Strafanstalt S-Stammheim erhängt ... Anzeichen für Selbstmordabsichten, so hieß es, habe es nicht gegeben ..."

Südwestfunk am 9.5.1976, 12,00 Uhr:

"...Es habe keine Hinweise auf Selbstmordabsichten der Journalistin gegeben, sagte der Staatsanwalt ..."

DPA-Meldung vom 9.5.1976, 16,45 Uhr
Karlsruhe/Bonn:

"Zwischen Ulrike Meinhof und den übrigen Angeklagten im Stgt. Anarchistenprozeß bestanden nach Erkenntnissen der Bundesanwaltschaft bereits Wochen vor dem Selbstmord der 41-jährigen 'gewisse Spannungen'. Bundesanwalt Felix Kaul reagierte mit dieser Feststellung am Sonntag auf Informationen der in Bonn erscheinenden Tageszeitung 'Die Welt', die unter Berufung auf vertrauliche Angaben der Sicherheitsbehörden von 'tiefgreifenden Auseinandersetzungen' zwischen Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Jan Carl Raspe und Gudrun Ensslin ... Kaul sprach in diesem Zusammenhang von einer 'gewissen Entfremdung' zwischen Ulrike Meinhof und Andreas Baader. Nach einem Kommentar der 'Welt', den die Zeitung der DPA übermittelte, fühlte sich Ulrike Meinhof zunehmend isoliert und bei der Vorbereitung der Erklärung Gudrun Ensslins im Prozeß übergangen, die Bombenanschläge im Mai 1972 gingen auf das Konto der 'RAF'."

Anmerkungen:

Bis zum Zeitpunkt dieser Meldung können vom Justizministerium, von der Staatsanwaltschaft, von der Anstaltsleitung keine Erklärungen gegeben werden, warum hier ein Selbstmord vorliegt. Die Gefangenen sagen: Schreitmüller und Henck haben beide entschieden erklärt, daß von der Anstalt nichts an Informationen, Berichten usw. - weder offiziell noch inoffiziell - zu dieser von der Bundesanwaltschaft verbreiteten Meldung von Spannungen, Entfremdung rausgegeben worden ist. Beide sagen, daß sie es auch gar nicht könnten, weil es dafür keinen Beleg oder Hinweis gab, weil diese 'Spannungen' nie existierten. Gleichfalls ist dem Bad.-Württemberg. Justizminister davon nichts bekannt (s. Pressekonferenz, 10.5.1976).

Bender-Pressekonferenz am 10.5.1976, 14,30 Uhr:

"Selbst wenn es so ist, daß von Spannungen gesprochen werden kann und wenn von Spannungen gesprochen wurde, dann weiß ich nicht, was ich dazu erklären soll. Ich meine, die Sache wäre dann für uns relevant, wenn aus diesen ... Spannungen sich Rückschlüsse auf den Freitod erlauben würden. Wir sehen hier aber keine Logik und Zusammenhang. Denn wenn die Spannungen da waren, und soweit sie da waren, waren sie sicher schon älterer und länger zurückliegender Natur und haben ja bisher auch nicht zu der Reaktion geführt, mit der wir uns heute beschäftigen. Ich sehe den logischen Zusammenhang zwischen den möglichen Spannungen, von denen gesprochen worden ist, und dem, was uns heute beschäftigt, nicht ..."

Die Meldungen der Bundesanwaltschaft geben die Richtung der weiteren Ermittlungen an: bis zu diesem Zeitpunkt waren Beamte der JVA und Zelleninspektionen nicht nach "Spannungen" abgecheckt worden.

Am 11.5.1976 wird die Zelle von Ulrike Meinhof erneut durchsucht, schriftliche Unterlagen und Aufzeichnungen werden beschlagnahmt.

"KHK Vinnai teilte ihm (RA Oberwinder) mit, daß einige Schriftstücke aufgefunden wurden, die jedoch noch einer weiteren Überprüfung bedürfen."

Widerspruch am Rand:
Zellendurchsuchung am 10.5.1976 von 11,15 bis 16,15 Uhr in Anwesenheit von StA Heissler; ab 14,30 Uhr findet Bender's Pressekonferenz statt, auf der auch Heissler anwesend ist.

Am 11.5.1976 werden die Beamten

Frede
Bubeck
Stoll
Klaiber

bezüglich der "Spannungen", "Depressionen", von der Kripo befragt.

a) Frede widerspricht ihrer ersten Aussage:

"In letzter Zeit ist mir oft aufgefallen, daß Frau Meinhof sehr durcheinander und vergeßlich war. Sie ist z.B. öfters aus der Zelle herausgekommen, hat sich dabei mit der Hand an den Kopf gefaßt und ist wieder zurückgegangen, da sie irgendetwas vergessen hatte. Auch ist mir aufgefallen, daß sie in letzter Zeit nicht oft beim gemeinsamen Hofgang dabei war. Meiner persönlichen Meinung nach hat sie sich etwas abge-sondert. Beim Umschluß habe ich in letzter Zeit bemerkt, daß sie von Andreas Baader des öfteren angeschrien wurde ... Einen persönlichen Kontakt hatte ich mit Frau Meinhof nicht."

Anmerkung:

Die Fragestellungen entsprechen der Behauptung der Bundesanwaltschaft.

b) Bubeck:

"Es ist zwar richtig, daß ich vielleicht mehr Kontakt habe, als die Aufseher im 7. Stock. Aber von einem persönlichen Kontakt kann hier nicht gesprochen werden ..."

Wenn behauptet wird, daß zwischen Herrn Baader, und Frau Meinhof Spannungen waren, so kann ich dies weder bestätigen noch widerlegen. Die Aufseher im 7. Stock haben, so wie ich mitbekommen habe, geäußert, daß Herr Baader beim Umschluß Frau Meinhof des Öfteren angeschrien habe. Dies ist zwar richtig, aber ich möchte dazu bemerken, daß er dies genauso bei Frau Ensslin, den Rechtsanwälten und beim Richter im Verhandlungssaal gemacht hat ..."

Anmerkung:

Der Befragter hat einen Hinweis, daß Bubeck mehr Kontakt zu den Gefangenen hat (te). Eine weitere Frage bezieht sich wiederum auf die "Meldung" der Bundesanwaltschaft.

c) Stoll:

Von ihm existiert keine direkte Äußerung, sondern lediglich die Wiedergabe einer informatorischen Befragung. Stoll ist der Beamte, der den Umschluß der Gefangenen überwacht.

"Am vergangenen Samstag habe er bei dem Umschluß nicht feststellen können, daß innerhalb der Gruppe eine Spannung herrschte ... Bei dem Umschluß habe sie eine rote Bluse getragen und ihm sei aufgefallen, daß die Gruppe gelacht habe, als sie kam ..."

Anmerkung:

Stoll behauptet, die "Meldungen" der Bundesanwaltschaft bestätigen zu können ("daß ihm bekannt sei, daß es innerhalb der Gruppe Spannungen gegeben hat"), kann dies jedoch nicht konkretisieren.

d) Klaiber - Übersetzer,

Überwacher des Gesprächs Ulrike/Capelli:

"Frau Meinhof hat auf mich einen sehr ruhigen und gefassten Eindruck gemacht ... Sie schien mir sehr deprimiert zu sein. Aus ihren Worten und spärlichen Gesten klang meines Erachtens Resignation ..."

Anmerkung:

Warum wird ein Protokoll von der Klaiber i.d.Akte verwendet und nicht auch von dem 2. Besuchsbeamten Schmidt. Widerspruch zwischen "sehr ruhig" und "gefaßt" - "deprimiert"/"Resignation".

Am 12.5.1976

"glaubt die STA, eine Antwort gefunden zu haben. Sie teilt mit, es seien 'maschinen- und handschriftliche Papiere sichergestellt worden, aus denen sich Anhaltspunkte dafür ergaben, daß zwischen

Ulrike Meinhof und ihren Mitgefangenen, vor allem Gudrun Ensslin, Meinungsverschiedenheiten ideologischer, möglicherweise sogar persönlicher Art' bestanden.

Und ein Stammheimer Beamter bestätigt:

'Frau Meinhof ist in den letzten Wochen von ihren Mitgefangenen oft provoziert worden. So hat sie beispielsweise häufig nachts Texte gefertigt und diese am nächsten Tag Andreas Baader gegeben. Der sagte nur 'Scheiße' und zerriß die Aufzeichnungen."
(Stern Nr.21/22 vom 20.5.1976)

Einstellung des Ermittlungsverfahrens durch Staatsanwalt Heissler, weil der Selbstmord "zweifelfrei" vorliegt.

"Aus vorgefundenen Zellenzirkularen ergibt sich jedoch, daß zwischen ihr und ihren Mitgefangenen - wie dies schon in der Vergangenheit bekannt war - auch in jüngster Zeit offenbar tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten sachlicher und persönlicher Art bestanden haben, die bei Ulrike Meinhof möglicherweise eine ihren Freitod mitbestimmende Resignation und Depression hervorgerufen haben."
(Einstellung des Todesermittlungsverfahrens durch STA Heissler am 10.6.1976.)

Anmerkung:

Heissler bedauert zwar, daß keine letzten "Aufzeichnungen" hinterlassen worden sind. So fällt ihm eben nur die inhaltliche Wiedergabe der Meldung der Bundesanwaltschaft vom 9. Mai 1976 ein, die inhaltlich identisch ist mit der Meldung in der SZ, 14.4.1972:

"Ulrike Meinhof habe sich nach grundlegenden Meinungsverschiedenheiten von den übrigen Gruppenmitgliedern getrennt, politisch resigniert und in völliger Isolation Schluß gemacht."

Wie starb Ulrike Meinhof?

Am 9. Mai 1976 erfuhr die Welt, daß Ulrike Meinhof, ein führendes Mitglied der Baader-Meinhof-Gruppe, "Selbstmord begangen" habe, und zwar im eigens gebauten Gefängnis mit besonderen Sicherungsvorkehrungen in Stuttgart, wo sie seit vielen Monaten vor und seit Beginn ihres Prozesses in Haft war.

Seither kam eine Anzahl von Tatsachen ans Licht, die die offizielle Darstellung der Vorgänge ernstlich in Zweifel ziehen. Diese Tatsachen werfen wichtige Fragen auf, nicht nur für politisch Eigensinnige, sondern für alle, denen es um bürgerliche Freiheiten geht.

Starb Ulrike Meinhof wirklich durch Selbstmord, durch Erhängen? Oder war es Reflextod durch Herzversagen infolge von Druck, der von einer anderen Person auf ihren Hals ausgeübt wurde? Fand vor Ihrem Tod eine sexuelle Attacke auf Ulrike Meinhof oder der Versuch einer solchen statt? Die Bedeutsamkeit einer bejahenden Antwort auf eine dieser Fragen wird wohl allen klar sein.

Zwei Obduktionen wurden an Ulrike Meinhofs Leichnam vorgenommen. Zuerst die offizielle, in Anwesenheit eines Richters und eines Staatsanwalts, am 9. Mai 1976. Sie wurde von medizinischen Sachverständigen vorgenommen, die von den Behörden bestellt worden waren. Rechtsanwälten und medizinischen Repräsentanten der Verstorbenen wurde das Recht auf Anwesenheit verweigert. Der Befund wurde vom Gesundheitsamt Stuttgart, Institut für Rechtsmedizin, veröffentlicht, unterzeichnet von Prof. Rauschke und Prof. Mallach. Die zweite Obduktion, eine Nachsektion auf Ersuchen der Familie, wurde zwei Tage später von Prof. Dr. Werner Janssen und Prof. Dr. Jürgen Schröder, beide vom Institut für Rechtsmedizin der Universität Hamburg, vorgenommen. Sie hatten keinen Zugang zu allen der Körpergewebe, die jenen zur Verfügung standen, die die erste Obduktion vorgenommen hatten, auch nicht zu Kleidungsstücken oder anderem wesentliche Material (z. B. Photographien der Leiche in ihrer Position bei der Auffindung, usw.).

Beide Berichte kamen uns zu Händen. Wir finden es wichtig, daß die Ergebnisse eine so weite Öffentlichkeit erreichen wie möglich. Die Befunde

sind zutiefst beunruhigend, sowohl in dem, was sie sagen als auch in dem, was sie nicht sagen.

Indem wir diese Angelegenheit aufnehmen, ist es unser Wunsch, die üblichen manipulativen (und schließlich der eigenen Absicht schädlichen) Verzerrungen des Tatsachenmaterials zu vermeiden, ebenso das gräßliche Schwelgen "im Blute der Märtyrer", das so viele Kirchen und politische Gruppen kennzeichnet. Ulrike Meinhofs Politik war nicht die unsere. Doch darum geht es uns nicht. Die grundsätzlichen Fragen sind weit größer als jedes Individuum oder jede Gruppe.

Die behördliche Obduktion erwähnt in dem Bericht, daß Ulrike Meinhofs Leichnam mit der linken Ferse immer noch auf dem Stuhl ruhend gefunden wurde, auf den sie angeblich gestiegen war, um sich zu erhängen. Mit anderen Worten, ein "Fallen" des Körpers aus nennenswerter Höhe hatte nicht stattgefunden. Wenn dies Selbstmord war, dann hätte die Todesart mit höchster Wahrscheinlichkeit Tod durch Asphyxie, durch Erstickung, sein müssen, und nicht die häufigere Ausrenkung des Rückgrats im Bereich der oberen Halswirbel, wie sie beim gerichtlichen Tod durch den Strang erfolgt. (Tatsächlich waren die Halswirbel nicht gewaltsam verschoben. - Anmerkung d. Übers.) Eines der wichtigsten Kennzeichen der Strangulationsasphyxie ist die Verhinderung des Rückfließens von Blut aus dem Kopf. Das Merkmal einer solchen Verhinderung ist das Vorhandensein von Blutungen in den Augenbindehäuten. Beide Obduktionsbefunde erwähnen, daß keine solchen Blutungen gefunden wurden.

Noch auch war in den Befunden das Vorquellen der Augen oder der Zunge oder Cyanose (blaue Verfärbung) des Gesichtes zu finden, wie sie beim Erstickungstod allgemein zu sehen sind.

Obwohl das Zungenbein an der Zungenwurzel gebrochen war, fand sich keine Quetschung am Hals im Bereich der Einschnürung, die der "Handtuch-Strick" gemacht hatte, mit dem sich die Gefangene angeblich erhängt haben soll. Diese negativen Befunde sind, um das allermindeste zu sagen, ungewöhnlich für irgendeinen Menschen, der durch Asphyxie gestorben ist. Hingegen passen sie ins Bild des Todes durch Behinderung des Vagus, d. h. Tod durch Druck auf die Carotis (Halshauptschlagader), der als Re-

flex zum Stillstand des Herzens führen kann.

Es gibt andere positive Fakten, die beunruhigen. Beide Autopsiebefunde erwähnen schweren Blutandrang in den äußeren Geschlechtsteilen und Quetschungen an beiden Waden. Beide erwähnen eine Abschürfung, bedeckt mit geronnenem Blut, an der linken Hinterbacke. Der Janssen-Schröder-Bericht erwähnt auch eine Quetschung im rechten Hüftbereich. Die Untersuchung der Unterhose der Gefangenen zur Zeit der ersten Obduktion zeigte verdächtige Flecken. Chemische Untersuchungen auf Samenflüssigkeit hatten laut behördlicher Beschreibung ein positives Ergebnis, obwohl keine Spermatozoen gefunden wurden (Akte der Staatsanwaltschaft, Kriminaltechnische Untersuchungsstelle, 11. Mai 1976).

Tief beunruhigt durch diese Befunde, durch die Verhaftung von Ulrike Meinhofs Testamentsvollstrecker, Rechtsanwalt Croissant (der eben auf einige dieser Tatsachen gekommen war) so wie durch eine Anzahl von abweichenden Versionen und Widersprüchen in den behördlichen Aussagen, auf die andernorts näher eingegangen wird, hat der Justizkritische Ausschuß des deutschen Schriftstellerverbandes für den 26. August in Stuttgart eine Konferenz angesetzt. Es wird gehofft, daß bei dieser alle diese Fragen erörtert werden und die Forderung nach einer internationalen Untersuchungskommission (dies um etwaigen Druck auf deutsche Staatsbürger zu vermeiden, die willens sind, über technische Einzelheiten auszusagen) geltend gemacht wird. Wir rufen alle, denen elementare Menschenrechte am Herzen liegen, auf, diese Tatsachen soweit als irgendmöglich zu verbreiten und zu helfen, die Verschwörung des Schweigens zu zerbrechen, die diese Tatsache bisher umgab. Wir rufen alle, die durch diese Berichte beunruhigt sind, auf, gemeinsam mitzuhelfen, herauszufinden, was wirklich geschehen ist.

Wenn solche Dinge in Deutschland geschehen können, könnten sie nicht hier geschehen? Wenn das Ulrike Meinhof zustoßen kann, könnte es nicht jedem von uns zustoßen?

Veröffentlicht von Solidarity (London), c/o 123 Lathom Road, London E 6 13. August 1976.

Anmerkung des Übersetzers: Dieses Blatt wurde in London am 13. und 14. August 1976 veröffentlicht und auch in englischen Provinzstädten verbreitet. "Solidarity" ist eine seit vielen Jahren in England existierende, freiheitlich-linke Gruppe, der namhafte Ärzte angehören.

20. August 76

Kommentar englischer Ärzte zur angeblichen Widerlegung des
Solidarity - Aufrufs zur Unterstützung der Untersuchungskommission

Fernsehkomentator Gerhard Loewenthal und Staatsanwaltschaft in Stuttgart argumentieren in einigen Punkten sehr wenig überzeugend für die Selbstmordhypothese:

Prof. Janssens Obduktionsbericht Befund Nr. 24, Seite 7, findet "im Bereich der unteren Ansatzpunkte der großen Kopfnickermuskel, zum Teil unmittelbar oberhalb der Knochenhaut der Schlüsselbeine" zahlreiche Beschädigungen beiderseits. Diese Muskelstellen sind ganz an der Halswurzel, beim Schlüsselbein.

Gleichzeitig aber findet er (Nr. 30 und 31, Seite 8, 9) das Zungenbeinhorn also ganz oben am Hals, Zungenwurzelgegend, gebrochen, ebenso die Schildknorpelhörner. Derselbe Strick, dessen Marke weit oberhalb des beschädigten Muskels und wohl auch der Schildknorpelhörner liegt, könnte nicht alle drei Beschädigungen vorgenommen haben. Außerdem müßte bei solchen Schäden wie Kopfnickermuskel und Schildknorpel sie zeigen, auch der Hals außen Verletzungen zeigen, auch außerhalb der Strickfurche, aber die waren nicht da. Beim Erwürgen, weil Hände eine größere Oberfläche haben, ist das ganz anders. Da müßte die Haut nicht beschädigt sein, trotz solcher Verwundungen.

Janssenbericht Befund Nr. 9, S. 4: Hautveränderung (nämlich Verletzung!!) über der linken Gesäßseite könnte durch Verletzung durch Anschlagen Ulrike M.s beim Sprung vom Stuhl beim Erhängen nicht erklärt werden, auch nicht Verletzung überm einen Knie. Die "Widerlegung", die Verletzungen an den Unterschenkeln seien älteren Datums, wohl im Alltag entstanden, stimmt nicht mit Janssens Erklärungsversuch überein, sie seien wohl beim Selbstmord noch zu Lebzeiten entstanden. Unterschiede zwischen Verletzungen knapp oder lange vor dem Tod müssen feststellbar gewesen sein. Einige der Verletzungen können durch Anschlagen am Stuhl beim Runterspringen unmöglich entstanden sein, weil die Leiche zu hoch hing, außerdem mit einem Fuß noch auf dem Stuhl ruhte.

Harmlosigkeit der positiven Spermavorprobe ist durch Staatsanwalt- und Loewenthalargumente nicht bewiesen. Schon in den Akten der Staatsanwaltschaft stellte Prof. Mallach zwar fest, daß trotz positivem Test auf Samenflüssigkeit in dieser keine Samenfäden gefunden wurden. Das beweist aber gar nichts, weil Samenfäden durch Bakterienaktion im Laufe weniger Stunden desintegrieren und verschwinden, wenn in der Unterwäsche Verunreinigung durch Kot oder Urin vorhanden sind. Urinflecke wurden aber gerade in der betreffenden Zwickel-Gegegend reichlich gefunden. Diese Bakterienreaktionen schwächen auch die positive Reaktion von Samenflüssigkeit ab. Die "Widerlegung", die positive chemische Reaktion auf Samenflüssigkeit sei "nur schwach" gewesen, sagt also nichts gegen ihr Vorhandensein aus.

Die Erklärung der "Widerleger", Gesichtsverfärbung (blau, Cyanose) und Blutungen der Augenbindehäute sei gerade für Erhängen untypisch, ihr Fehlen bewiese daher, daß Tod durch Erhängen, nicht durch Erwürgen erfolgt sei, ist durch ihre Unvollständigkeit irreführend. Beim Erhängen fehlen solche Blutungen und Verfärbungen tatsächlich nur dann, wenn dabei Tod durch Genickbruch erfolgte. Dies ist bei U. M. nicht der Fall gewesen. Die Alternative, wenn kein Genickbruch vorliegt, ist fast immer der Erstickungstod, der diese Verfärbungen und Blutungen zeitigt. - Unsere These war, daß Reflexod durch Herzversagen bei einem Erwürgungsvorgang durch Zusammenpressen der Carotis und Druck auf Vagus stattfand. Diese These erklärte alle hier oberhalb aufgeführten Symptome.